

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Jahresbericht



1999

Inhalt

Vorwort	3
Forschung und Beratung	5
– Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“	7
– Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“	13
– Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“	16
– Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der Sozialen Sicherung“	18
– Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“	19
– Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“	24
– Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und Dialog der Kulturen“	27
Weiterbildung	31
– Master of European Studies	31
– Transatlantic Summer Academy	32
– Junior Fellows Program	32
– Bonn Graduate School of Economics	33
– ZEI Summer School in International Macroeconomics	33
Zentrale Koordination	34
– Die Geschäftsführung	34
– EUROPÆUM	34
– Information und Kommunikation	35
– Infrastruktur	36
ZEI im Überblick	37
– Organisation und Ansprechpartner (Organigramm)	37
– Mitarbeiter und Fellows	38
– Veranstaltungen	42
– Publikationen	47
– Kooperationspartner	53
– ZEI Pressespiegel (Auswahl)	54

Vorwort

Wir freuen uns, Ihnen heute den zweiten Jahresbericht des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vorlegen zu können. Der Bericht dokumentiert die Arbeit des Zentrums im Jahre 1999.

Das Jahr 1999 war geprägt durch europapolitische Entwicklungen, die die Zukunft der Europäischen Union und des ganzen Kontinents nachhaltig beeinflussen werden. Am Anfang des Jahres stand der Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Mit der Einführung des Euro wurde die gemeinsame Währung in Europa Realität, wenn auch zunächst „nur“ als Buchgeld und Rechnungseinheit an den Finanzmärkten. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand im Frühjahr die Zuspitzung des Kosovo-Konflikts bis hin zur militärischen Auseinandersetzung. Mit der Gründung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa soll der Krisenregion eine neue Perspektive – vom Konfliktmanagement hin zur Integration – gegeben werden.

Die Verhandlungen um die Agenda 2000 und, damit verbunden, um den finanziellen Rahmen der Erweiterung der Union traten 1999 in ihre entscheidende Phase. Dass die Union durch den Rücktritt der Europäischen Kommission geschwächt wurde, machte den Abschluss dieser Verhandlungen unter der deutschen Präsidentschaft nicht einfacher. Ebenfalls unter der deutschen Präsidentschaft schließlich wurde mit dem „Köln Prozess“ im Sommer 1999 ein europäisches Forum geschaffen, in dem Vertreter der Regierungen, der Tarifpartner und der Europäischen Zentralbank gemeinsam Orientierungen der Lohnpolitik in der Union entwickeln können. Gemeinsam mit dem „Cardiff Prozess“ und dem „Luxemburg Prozess“ komplementiert der „Köln Prozess“ die wirtschaftspolitische Koordination zwischen den Mitgliedsländern der Union.

Ein weiterer, wichtiger Schritt für das Zusammenwachsen Europas war 1999 die Neuwahl des Europäischen Parlaments.

Im Schnittpunkt der durch diese Entwicklungen aufgezeigten Linien entwickelt das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) seine Beiträge zur Bewältigung der Probleme der europäischen Integration. In den Bereichen

- Forschung,
- Politikberatung und
- Postgraduale Ausbildung

liefert das ZEI Beiträge auf der Grundlage seines spezifischen Profils und im Rahmen eines internationalen Netzwerks von europawissenschaftlichen Forschungsinstituten. Das ZEI arbeitet interdisziplinär und mit dem Anspruch auf Praxisrelevanz. Die zentralen Themenstellungen der europäischen Politik sind Bestandteil

der Aktivitäten des Zentrums sowohl in der Forschung und Politikberatung als auch in der Lehre im Rahmen des innovativen postgradualen „Master of European Studies“ Programms. Mit der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“, die 1999 ihre Arbeit am ZEI aufnahm, rundet sich das Bild des Zentrums ab. Die Konstituierung des Internationalen



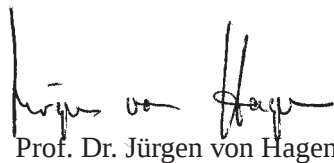
Die Direktoren von ZEI (rechts) und ZEF (links) mit Wolfgang Clement, Ministerpräsident des Landes NRW, und dem Rektor der Universität Bonn, Prof. Klaus Borchard

Beirats des ZEI am 12. November 1999 war ein weiterer, wichtiger Schritt in der Entwicklung des Zentrums. Der Beirat begleitet das ZEI in seiner Arbeit und wird den Prozess der externen Evaluierung des ZEI leiten. Als Vorsitzender des Beirats wurde der ehemalige Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Professor Hans-Dietrich Genscher, gewählt. Die Aufbauphase des Zentrums kann damit als erfolgreich abgeschlossen angesehen werden.

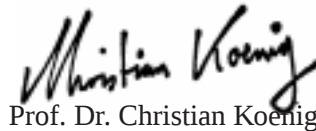
Die erfolgreiche Arbeit des ZEI wäre nicht möglich gewesen ohne die tatkräftige Unterstützung zahlreicher Personen aus der Universität, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung. Unser Dank gilt dem Rektor der Universität Bonn, Professor Dr. Klaus Borchard, sowie dem Kanzler der Universität, Dr. Reinhardt Lutz. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rektorats und der Verwaltung der Universität haben sie intensiv und erfolgreich die Arbeit des ZEI unterstützt. Unser Dank gilt auch Herrn Dr. Hartmut Ihne, der als Geschäftsführer des Internationalen Wissenschaftsforums Bonn die Arbeit des ZEI wesentlich mitträgt.

Danken möchten wir ebenfalls der Stadt Bonn für die Unterstützung bei der gemeinsamen Ausrichtung des internationalen Kongresses „Weltachsen 2000“ im November 1999. Unser weiterer Dank gilt der Staatskanzlei und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den an der Arbeit des ZEI beteiligten Bundesministerien.

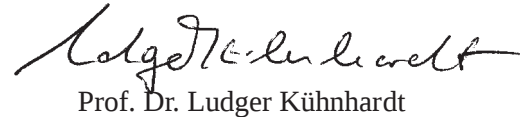
Nicht zuletzt gebührt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEI, den Mitgliedern unseres Internationalen Beirats, sowie den Partnern, Freunden und Förderern des Zentrums, die uns auch im Jahr 1999 in unserer Arbeit begleitet haben, unser herzlicher Dank. Sie alle leisten zur erfolgreichen Entwicklung des Zentrums für Europäische Integrationsforschung wichtige Beiträge.



Prof. Dr. Jürgen von Hagen



Prof. Dr. Christian Koenig



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Der Internationale Beirat des ZEI

Georg Wilhelm Adamowitsch, Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski, ehemaliger polnischer Außenminister, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Warschau

Lars Berg, Mitglied des Vorstands, Mannesmann AG, Düsseldorf

Prof. Dr. Bogdan Bogdanov, Gründer und Kuratoriumsvorsitzender New Bulgarian University, Sofia

Prof. Dr. Klaus Borchard, Rektor, Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn (ex officio)

Jacques Delors, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, Präsident der Studien- und Forschungsgruppe „Notre Europe“, Paris

Prof. Hans-Dietrich Genscher, ehemaliger Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Prof. Dr. András Inotai, Generaldirektor des Instituts für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest

Prof. Dr. Otmar Issing, Direktoriumsmitglied und Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Frankfurt

Prof. Dr. Edmond Malinvaud, Académie Française, Ehrendoktor der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaften der Universität Bonn, Paris

Prof. Dr. Patrick Masterson, Präsident des Europäischen Hochschulinstituts, Florenz

Dr. Hans-Friedrich von Ploetz, Deutscher Botschafter in Großbritannien, ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bonn

Prof. Richard Portes, Präsident, Center for European Economic Policy Research (CEPR), London

Prof. Dr. Luzius Wildhaber, Präsident, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg

Forschung und Beratung

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit des ZEI wird in thematisch ausgerichteten Forschungsgruppen geleistet. Sie umfassen jeweils mehrere Wissenschaftler aus verschiedenen Abteilungen des Zentrums, die an gemeinsamen Fragestellungen arbeiten. Diese Struktur fördert den Dialog der verschiedenen im Zentrum vertretenen Disziplinen und betont den Bezug der Arbeit des Zentrums zu den zentralen Fragen der konkreten Entwicklung der europäischen Integration. Im Berichtszeitraum arbeiteten folgende Forschungsgruppen am ZEI:

I. Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa. Herausragender Schwerpunkt der Arbeit dieser Forschungsgruppe lag in der Bewertung und den Problemen der Umsetzung der „Agenda 2000“ der Europäischen Union, in der Begleitung der deutschen EU-Präsidentschaft und in Beiträgen zur europäischen Verfassungsdiskussion. Weitere Arbeiten bezogen sich auf Fragen der fiskalischen Verfassung Europas und der damit verbundenen Gestaltung eines fiskalischen Föderalismus. Darüber hinaus behandelt diese Forschungsgruppe Fragen der Struktur und der Entwicklung anderer europäischer Institutionen wie Europarat und OSZE.

II. Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik. Diese Forschungsgruppe beschäftigte sich im Jahr 1999 mit dem europäischen Recht der Life Sciences. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Regulierung des Telekommunikationssektors in der Europäischen Union. Fragen des Beihilferechts wurden in dieser Forschungsgruppe ebenso bearbeitet wie Aspekte der europäischen Verkehrspolitik.

III. Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa. Die Arbeit dieser Forschungsgruppe konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf den Beginn der Eu-

ropäischen Währungsunion. Im Mittelpunkt der Arbeit standen Fragen der Gestaltung der europäischen Geldpolitik und der Fiskalpolitik in der Währungsunion.

IV. Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung. Die Arbeit dieser Gruppe konzentrierte sich auf die Bedeutung von Arbeitsmarktinstitutionen für das Funktionieren der europäischen Arbeitsmärkte, insbesondere im Hinblick auf die Flexibilität der Arbeitsmärkte.

V. Erweiterung der Europäischen Union. Diese Forschungsgruppe setzt sich mit den spezifischen Problemen der Erweiterung der EU auseinander. Gegenstand der Arbeit dieser Forschungsgruppe ist einerseits die Beratung der Regierungen und Institutionen einiger Beitrittskandidaten, andererseits die ökonomische und wirtschaftspolitische Dimension des Erweiterungsprozesses, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung der Finanz- und der Arbeitsmärkte in den neuen Beitrittsländern.

VI. Europas Rolle in der Welt. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung dieser Gruppe beschäftigt sich mit der Rolle der Europäischen Union im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und der Handelspolitik der Union gegenüber anderen Ländern. Dazu gehört auch das Geflecht der Vertragsbeziehungen gegenüber Drittländern und Gruppen von Drittländern. Die politikwissenschaftliche Forschung befaßt sich mit der Problematik der Entwicklung einer *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* der EU, der weltpolitischen Rolle Europas und dem Verhältnis Europas zu den GUS-Staaten. Weitere Schwerpunkte sind der euro-mediterrane Dialog sowie die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und die spezifischen europäischen Beiträge zur Konfliktbewältigung in der Welt.



ZEI-Europaforum



Pressekonferenz des „EMU Monitor“



Arbeitssitzung



Streitgespräch

VII. Europäische Identität und Dialog der Kulturen.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Forschungsgruppe stehen Fragen der europäischen Identität und Wertbildungsprobleme sowie die Thematik des interkulturellen Dialogs. Dabei wird in besonderer Weise die geistig-kulturelle Dimension des europäischen Verfassungsbildungsprozesses bearbeitet und nach den Potentialen des kulturellen Dialogs und der Vergleichbarkeit von Regionalbildungsansätzen in Asien und Lateinamerika geforscht.

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird – neben zahlreichen Veranstaltungen zu spezifischen Fragestellungen der Forschungsgruppen – durch eine Reihe regelmäßig stattfindender Dialog- und Seminarreihen unterstützt und begleitet.

- Der „**ZEI Europadialog**“ findet jeden Dienstag als öffentliches Gesprächsforum im ZEI statt. Der Europadialog bietet Gelegenheit zu institutionen- und fachübergreifenden Diskussionen zu allen Themen der europäischen Integration.
- Im Rahmen des „**ZEI Europaforums**“ lädt das ZEI mehrmals im Jahr namhafte Persönlichkeiten aus der europäischen Politik ein, die in Vorträgen ihre Vorstellungen zu Fragen der europäischen Integration entwickeln und anschließend mit einem interessierten Fachpublikum diskutieren.
- Das „**ZEI Seminar zur europäischen Wirtschaftspolitik**“ bietet Wissenschaftlern aus Deutschland und anderen Ländern Gelegenheit zur Präsentation ihrer aktuellen Forschungsergebnisse.
- Gemeinsam mit dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Bonn und dem Institut Zukunft der Arbeit veranstaltet das ZEI wöchentlich das „**Bonn Research Seminar in Economics**“.
- Gemeinsam mit dem Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris, organisiert das ZEI zweimal jährlich das „**Deutsch-Französische Wirtschaftspolitische Forum**“. Führungskräfte

aus Wirtschaft und Politik erörtern im Rahmen des Forums Themen der europäischen Wirtschaftspolitik.

- Unter der Bezeichnung „**EMU Monitor**“ hat sich auf Initiative des ZEI eine Gruppennamhafter europäischer Wirtschaftswissenschaftler zusammengeschlossen. Die Gruppe nimmt in Pressekonferenzen, zu denen internationale Wirtschaftsjournalisten eingeladen werden, zweimal im Jahr Stellung zur Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB).
- Das „**Parlamentsforum zur EU-Erweiterung**“ wurde im Sommer 1999 ins Leben gerufen. Das Forum wird den Erweiterungsprozess mit künftig regelmäßig stattfindenden Workshops begleiten.
- Das „**Mittelmeer-Forum**“ führt Wissenschaftler und politische Akteure aus den Partnerstaaten des Barcelona-Prozesses zusammen.
- In den „**ZEI-Streitgesprächen**“ diskutieren namhafte Vertreter von Wissenschaft und Praxis strittige juristische und rechtspolitische Themen.

Eine chronologische Übersicht der wichtigsten Veranstaltungen, die im Berichtszeitraum stattfanden, findet sich im Kapitel „ZEI im Überblick“.

Die Ergebnisse der Arbeiten der Forschungsgruppen werden durch die Schriftenreihen des ZEI nach außen dokumentiert. **ZEI-Policy Paper, Working Paper** und **Discussion Paper** werden international verbreitet und leisten Beiträge zu laufenden Diskussionen. In Zusammenarbeit mit dem NOMOS-Verlag in Baden-Baden veröffentlicht das ZEI die Reihe „**Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung**“, die sich auf kultur- und politikwissenschaftliche Fragestellungen konzentriert. Herausgeber ist Professor Ludger Kühnhardt. Seit 1999 gibt das ZEI in Zusammenarbeit mit Kluwer Academic Publishers die Reihe „**ZEI Studies in European Economics and Law**“ heraus. Federführend für diese Reihe, die auch für externe Beiträge offen ist, sind Professor Koenig und Professor von Hagen. Eine Übersicht über die 1999 erschienenen ZEI-Publikationen findet sich im Kapitel „ZEI im Überblick“.

Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Die Institutionen der Europäischen Union und andere, europäische Institutionen waren im Berichtszeitraum Gegenstand anhaltender Reformdiskussionen. Die institutionelle Entwicklung der Union berührt auch das Selbstverständnis der deutschen Bundesländer. Entwicklungsprozesse im direkten oder mittelbaren Zusammenhang mit der Ausgestaltung und dem Entwicklungspotential der deutsch-französischen Beziehungen gaben 1999 Anlass, neue Forschungsakzente in dieser Forschungsgruppe zu setzen.

Europarat

Unter der Leitung von Professor Uwe Holtz, Senior Fellow am ZEI, wurde im Jahr 1999 ein Projekt über „Fünfzig Jahre europäische Einigung: der Europarat“ durchgeführt. Neben einem wissenschaftlichen Seminar im Sommersemester 1999 zum Thema nahmen 30 Studenten an einer Exkursion zum Euro-parat nach Straßburg teil. Ein von Professor Holtz edierter Sammelband mit aus der Praxis gewonnenen sowie wissenschaftlichen und auch studentischen Beiträgen wird in den „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ erscheinen.

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament gewann im Berichtszeitraum größere Aufmerksamkeit als jemals zuvor seit der ersten Direktwahl 1979. Die Prüfung der Rechte des Parlaments gemäß den Bestimmungen des Amsterdamer Vertrages stand im Mittelpunkt eines Vortrages des Präsidenten des Europäischen Parlaments, José Maria Gil-Robles, im Rahmen des „ZEI-Europaforums“ am 28. Januar 1999. Inmitten der zu diesem Zeitpunkt voll ausgebrochenen Krise der Europäischen Kommission forderte Gil-Robles weitere parlamentarische Kontrollfunktionen für das Europäische Parlament. Darüber hinaus sprach er sich für eine klare Kompetenzverteilung in der Union aus.

Europäische Kommission

Dr. Marcus Höreth, Senior Fellow des ZEI, konnte als Gastforscher am Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel den Wechsel zur Prodi-Kommission vor Ort verfolgen. Seine Forschungen haben mit der Veröffentlichung „Die Europäische Union im Legitimationstrilemma“ (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 10) einen ersten Abschluss gefunden. Höreth weist in seinem Beitrag darauf hin, dass eine Demokratisierung der EU-Entscheidungsprozesse mit zunehmender Entscheidungskompetenz der Union dringlicher werde. Sie könne damit aber auch die Handlungsfähigkeit der Union beeinträchtigen und einen wichtigen Pfeiler ihrer Legitimität untergraben. Andererseits hebeln europäische Mehrheitsentscheidungen tendenziell die Volkssouveränität auf nationaler Ebene aus, ohne dass ein europäisches „Volk“ als Träger einer übernationalen Souveränität in Sicht sei. Aus diesem Grund gleiche die Debatte um die institutionellen Reformen, die die Legitimität des europäischen Regierens erhöhen solle, einem Nullsummenspiel.

Deutsch-französische Beziehungen

Die französische Politik während des deutschen Vereinigungsprozesses sowie die neuen Grundlagen der deutsch-französischen Beziehungen im Kontext des europäischen Integrationsprozesses stehen im Mittelpunkt einer Studie, die von Dr. Valérie Guérin-Sendelbach, wissenschaftliche Mitarbeiterin des ZEI, 1999 veröffentlicht wurde. Daneben erarbeitete Dr. Guérin-Sendelbach die Grundlagen für ein lang-



Prof. Uwe Holtz, Gastwissenschaftler am ZEI, führte 1999 ein Projekt zum 50jährigen Bestehen des Europarats durch.



José Maria Gil-Robles, Präsident des Europäischen Parlaments, am 28.1.1999 im ZEI.

fristiges Forschungs- und Netzwerkbildungs-Projekt mit dem Ziel, die deutsch-französi-schen Beziehungen im Lichte der anstehen-den institutionellen und inhaltlichen Ent-wicklungen der EU zu bereichern. Erste



Jean-Claude Juncker, Pre-mierminister Luxemburg, am 26.10.1999 im ZEI

Früchte trug dieses ZEI-Projekt mit dem Workshop „How to Organize the European Administrative System into a Network?“, der gemeinsam mit „Prometheus-Europe“ (Paris) am 7. und 8. Oktober 1999 in Sankt Augu-stin bei Bonn durchgeführt wurde. Ziel dieses Workshops war es, die Re-form des administrativen Gemein-schaftssystems sowie einen anpas-sungsfähigen Organisationsmodus zu prüfen, der künftig Konflikte zwis-chen der europäischen, nationalen und regionalen Ebene verhindern soll. Als Lösungsansatz wurde die Vernet-zung der gesamten EU-Verwaltung vorgeschlagen, um eine funktionale statt der bisherigen hierarchischen Struktur der EU aufzubauen.

Kleine Staaten in Europa

Der Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, Jean-Claude Juncker, hielt am 26. Oktober 1999 im Rahmen des Europafo-rums einen Vortrag über die Rolle der klei-nen Staaten in Europa. Juncker sagte,

die Union könne aus den Erfahrungen der kleinen Staaten in Europa lernen. Er wies in diesem Zusammenhang insbesondere auf den Grenzverkehr, die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit und die Währungs-union hin.

Premierminister Juncker ging im Ver-lauf seiner Rede auch auf die Regie-rungskonferenz 2000 ein, die im De-zember in Nizza zu Ende gehen soll. Er betonte eindringlich, dass der Inte-grationsprozess nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Mitglied-staaten der Gemeinschaft einbinden müsse. Die Union, so warnte der lu-xemburgische Premierminister, dürfe nicht zu einer Veranstaltung der Des-integration werden.



Wolfgang Clement, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, am 29.4.1999 im ZEI

Regionen in Europa

Am 29. April 1999 besuchte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement das ZEI und hielt einen Vortrag über die wachsende Bedeutung der Regionen in Europa. Dabei wurde deutlich, dass er Nordrhein-Westfalen enger mit den Nach-barländern Belgien, Niederlande und Lu-xemburg verbunden sieht, als beispielsweise mit anderen - entfernter liegenden – deut-schen Bundesländern. Clement forderte, die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der Regionen und Kommunen auszubauen. Nordrhein-Westfalen trete für eine grenz-überschreitende Harmonisierung der indirek-ten Steuern und für eine gemeinsame Wirt-schafts-, Finanz- und Steuerpolitik ein, um Bedingungen für einen fairen Wettbewerb in der EU zu schaffen. Die europapolitische Perspektive Nordrhein-Westfalens lasse sich am besten durch Stichworte wie Dezentrali-sierung, Subsidiarität und Eigenverantwor-tung umschreiben. Außerdem mahnte Cle-ment an, eine präzise Aufgabenverteilung in der EU zu erreichen.

Weimarer Dreieck

Zu den konzeptionellen Neuansätzen der Neuordnung Europas nach dem Zerfall des Kommunismus und der Überwindung des Kalten Krieges gehört das „Weimarer Drei-eck“, das mit einem Außenministertreffen 1991 in Weimar durch die damaligen Außen-minister Frankreichs, Deutschlands und Po-lens, Roland Dumas, Hans-Dietrich Genscher und Krysstof Skubiczewski initiiert wurde. Vor dem Hintergrund der bisherigen Entwick-lung der Arbeit des „Weimarer Dreiecks“ und im Blick auf die Frage nach seinen Perspekti-ven beschäftigte sich die vom ZEI initiierte Studiengruppe „Weimarer Dreieck“ mit der Erarbeitung einer Perspektivkonzeption für die Entwicklung der französisch-deutsch-pol-nischen Beziehungen als künftiger Motor der europäischen Integration.

Nach zwei Arbeitssitzungen der Studien-gruppe am 8. und 9. April 1999 in Paris und am 23. Oktober 1999 in Warschau werden Professor Ludger Kühnhardt (ZEI), Profes-sor Henri Menudier (Sorbonne) und Profes-sor Janusz Reiter (Institut für Internationale Beziehungen Warschau) ihr gemeinsames

Diskussionspapier zur Situation und Zukunft des „Weimarer Dreiecks“ den drei Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Polens anlässlich ihrer zehnten Zusammenkunft im Jahr 2000 übergeben. Im 14-tägigen Rhythmus verfassten Kühnhardt, Menuier und Reiter 1999 jeweils eine Kolumne für die in Bonn erscheinende Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“, in der sie ihre Gedanken zur Entwicklung der Europapolitik diskutierten.

Lehren aus bisherigen Erweiterungsrounden

Im Kontext der anstehenden institutionellen Veränderungen der EU wird es immer wichtiger, auf eine solide wissenschaftliche Bestandsaufnahme der bisherigen Erweiterungsrounden, die nach Gründung der EWG 1957 stattgefunden haben, zurückgreifen zu können. Ein internationales Team von Sozialwissenschaftlern und Historikern aus zehn EU-Ländern, koordiniert durch ZEI-Senior Fellow Professor Jürgen Elvert, Universität Köln, hat im Berichtszeitraum die methodologischen und inhaltlichen Vorarbeiten zu diesem Projekt erfolgreich abgeschlossen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende Ost-Erweiterung konzentriert sich dieses Projekt auf die durch die Schaffung der EWG/EG entwickelten „Integrationsdynamiken“ und auf den sogenannten „Magneteffekt“, die dazu führten, dass nach 1957 neun weitere Staaten Mitglieder der Gemeinschaft geworden sind.

Wirtschaftspolitische Koordination

In der wirtschaftspolitischen Diskussion um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage des Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern zueinander derzeit einen breiten Raum ein. Konkret geht es um die Frage, wie unterschiedliche Systeme der Marktregulierung auf den Güter- und Faktormärkten und unterschiedliche Systeme der sozialen Sicherung koexistieren können und inwieweit eine Harmonisierung und Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken in der EU erforderlich ist.

Fragen der wirtschaftspolitischen Koordination standen im Mittelpunkt des „Deutsch-

Französischen Wirtschaftspolitischen Forums“ im Januar in Bonn. Nach einem einleitenden Referat von Professor Charles Wy-

plosz zeigte die Diskussion zwischen den deutschen und französischen Teilnehmern, dass auf französischer Seite die Notwendigkeit nach enger wirtschaftspolitischer Koordination für größer erachtet wird als auf deutscher Seite. Die deutschen Teilnehmer neigten dagegen mehr dem Modell des Wettbewerbs der Systeme zu. Diese Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Konzeptionen zwischen den beiden größten Partnern in der Europäischen Währungsunion verdeutlichen auch die Notwendigkeit des regelmäßigen wirtschaftspolitischen Dialogs zwischen Deutschland und Frankreich.

Wirtschaftspolitische Koordination war ebenfalls das Thema des Workshops „Implementing the European Employment Pact“ am 8. Juli 1999, zu dem das ZEI Vertreter der Finanzministerien aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Finnland sowie Vertreter der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission einlud. In seinem Einführungsreferat „Making EMU a Success“, einer Gemeinschaftsarbeit mit Rüdiger Dornbusch vom Massachusetts Institute of Technology, betonte Professor Pierre Jacquet, Leiter des IFRI, Paris, dass die Europäische Währungsunion in der Zukunft eine gemeinsame, bewusst auf Wachstum ausgelegte Wirtschaftspolitik entwickeln müsse. Professor von Ha-



Arbeitssitzung der Projektgruppe um Prof. Dr. Jürgen Elvert, Universität Köln, im März 1999 am ZEI



Prof. von Hagen, Direktor am ZEI, im Rahmen des Workshops „Implementing the European Employment Pact“ am 8.7.1999 im ZEI

gen, Direktor am ZEI, diskutierte in seinem Referat alternative Strategien der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Er hob hervor, dass die Koordinierung stärker auf die Analyse und Planung von Szenarien abstellen müsse, um gemeinsame Antworten auf wirtschaftliche Schocks und unvorhergesehene Entwicklungen zu erarbeiten.

Systemwettbewerb

Zu den Schlagworten der wirtschaftspolitischen Diskussion gehört der Begriff des Systemwettbewerbs, der die Idee umschreibt, dass sich in dem Nebeneinander verschiedener Systeme das jeweils beste bewährt. Das populäre Argument bedarf jedoch einer wissenschaftlichen Untermauerung, da die einfache Analogie von Wettbewerb auf Märkten und Wettbewerb von Systemen nicht greift.

Anders als auf Güter- und Faktormärkten gibt es in dem Wettbewerb nationaler wirtschaftspolitischer Systeme weder klare wirtschaftliche oder politische Erfolgsanreize für die Entscheidungsträger, noch wohldefinierte Zu- und Austrittsrechte für die Betroffenen.

Die im Berichtszeitraum eingerichtete Studiengruppe „Öffentliches Wettbewerbsrecht“ soll ein weites Spektrum verschiedener Fragen des öffentlichen Wettbewerbsrechts aus europarechtlicher Perspektive untersuchen, wobei eine enge Verknüpfung der einzelnen Teilaspekte angestrebt wird. Den Ausgangspunkt und vorläufigen Schwerpunkt der Forschungstätigkeit bildet der Bereich des Beihilfenrechts. Als weitere Forschungsgebiete sind die Analyse von Regulierungsproblemen der öffentlichen Unternehmen in der Europäischen Union und ausgewählte Fragen des europäischen Kartellrechts und der Grundfreiheiten zu nennen.

In einer ersten Studie wurde das Beihilfenrecht aus der Perspektive des mitgliedstaatlichen Systemwettbewerbs einer Neubewertung unterzogen. Dabei wurden die aktuellen rechtspolitischen Reformen und Entwicklungsschritte des Beihilfen-

rechts daraufhin untersucht, ob sie in die wettbewerbspolitisch richtige Richtung weisen und wie sie zu ergänzen sind. Während die genannten Verordnungen grundsätzlich zu begrüßen sind, zeigen sich hinsichtlich der Grundkonzeption des EG-Beihilfenrechts verschiedene Mängel schon bei einer Betrachtung aus dem Blickwinkel eines Wettbewerbs zwischen den Unternehmen, d. h. auf den Gütermärkten. So fehlt beispielsweise der konsequente Rückgriff auf das Bedarfsmarktkonzept zur Eingrenzung des relevanten Marktes. Ferner ist keine Kontrolle der Gemeinschaftsbeihilfen vorgesehen. Eine Neubewertung der Beihilfenpolitik unter dem Gesichtspunkt des mitgliedstaatlichen Systemwettbewerbs verstärkt die Einschätzung bestehender Konstruktionsdefizite.

Vor diesem Hintergrund fand im November 1999 am ZEI ein Workshop über den „Systemwettbewerb zwischen Gebietskörperschaften in der EU“ unter der Leitung der ZEI-Direktoren Professor Christian Koenig und Professor Jürgen von Hagen statt. Die Teilnehmer, Vertreter von Wissenschaft und Praxis, hatten Gelegenheit zur Diskussion eines Referats von Professor Wolfgang Kerber (Universität Marburg) und einer kritischen Stellungnahme von Professor Christoph Engel (Max-Planck-Projektgruppe „Recht der Gemeinschaftsgüter“). Zu den wichtigen Denkanstößen des Referats von Wolfgang Kerber gehört der Vorschlag, staatliche Beihilfen als standortpolitische „Rabatte“ auf nationale Steuersysteme zu verstehen, die bereits weitgehend durch europäische Richtlinien einander angeglichen sind. In der Diskussion wurde dieser Vorschlag mit dem Hinweis kritisiert, dass ein derartiges Rabattsystem die Transparenz der Steuersysteme untergrabe und zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen großen und kleinen Unternehmen führen werde.

Eine zweite Studie zum Thema Systemwettbewerb widmete sich der Frage, ob ein europäischer Systemwettbewerb durch die Wahl der Rechtsregeln in einem Binnenmarkt für mitgliedstaatliche Regulierungen möglich ist. Die konkrete Frage ist hier, ob die Union standortgebundenen Herstellern ohne Sitz-



Prof. Dr. Daniel Tarschys, Generalsekretär des Europarats, und Prof. Dr. Christian Koenig, Direktor am ZEI



Prof. Dr. Christian Koenig begrüßt Ministerpräsident Wolfgang Clement



Tagung zum Fiskalischen Föderalismus im Mai 1999

verlegung die Wahlfreiheit darüber geben sollte, nach welchen nationalen Standards sie ihre Produkte herstellen. Diese Wahlfreiheit entspräche derjenigen des Verbrauchers, der im europäischen Binnenmarkt zwischen Produkten, die unter unterschiedlichen Produktstandards hergestellt wurden, wählen kann. Als erstes Forschungsergebnis zeigt sich bereits, dass eine solche Rechtswahlfreiheit durchaus einige Vorteile verspricht – wie etwa die Lösung des Problems der Inländerdiskriminierung. Angesichts der Gefahr eines „race to the bottom“ der Verbraucherschutz- und Umweltstandards dürfte allerdings ein erheblicher gemeinschaftsrechtlicher Harmonisierungsbedarf die Folge sein.

Die weitere Forschung im Beihilfenbereich ist auf die Untersuchung spezifischer Sektoren angelegt – wie beispielsweise den Kulturbereich. Dabei wird gezielt der Kontakt zu nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und zur Europäischen Kommission gesucht, die mit der EG-beihilfenrechtlichen Beurteilung von Förderprogrammen oder Einzelmaßnahmen konfrontiert sind, um deren praktische Erfahrung bei der wissenschaftlichen Konzipierung eines adäquaten Beihilfensystems fruchtbar zu machen und im Gegenzug neuere Forschungsergebnisse Entscheidungsträgern zur Verfügung zu stellen. Im Vordergrund steht dabei die Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens, für die Professor Koenig beratend tätig geworden ist.

Fiskalischer Föderalismus

Zu den institutionellen Fragen der Entwicklung der Union gehört auch die künftige Gestaltung der horizontalen und vertikalen Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskör-

perschaften in der Europäischen Union. Dieser Themenkreis wird unter Ökonomen und Politikwissenschaftlern unter dem Stichwort „Fiskalischer Föderalismus“ diskutiert. Im Mai 1999 veranstaltete das ZEI gemeinsam mit Professor Jorn Rattso (Universität Trondheim, Norwegen) einen Workshop zum Thema „Comparative Fiscal Federalism“, an dem Wirtschafts- und Politikwissenschaftler aus Deutschland, Spanien, Schweden, Dänemark, Italien, den USA und Argentinien sowie Vertreter der Weltbank teilnahmen. Ziel des Workshops war es, auf der Grundlage empirischer Untersuchungen und von Fallstudien aus verschiedenen Ländern Erfahrungen in Bezug auf die Entwicklung lokaler Gebietskörperschaften zusammenzutragen. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Frage, wie der Grad der finanziellen Abhängigkeit lokaler Gebietskörperschaften von der Zentralregierung das Finanzgebahren und das Wachstum lokaler Gebietskörperschaften beeinflusst. Die verschiedenen Arbeiten zeigten, dass ein zu hoher Grad der finanziellen Abhängigkeit die Qualität der lokalen Finanzpolitik mindert. Für die Europäische Union ergibt sich daraus die Forderung nach einer ausreichenden finanziellen Unabhängigkeit der lokalen und regionalen Regierungen.

Perspektiven des Fiskalischen Föderalismus standen ebenfalls im Mittelpunkt eines gemeinsamen For-

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung“ (Auswahl)

Valerie Guérin-Sendelbach: „Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld“, Opladen 1999.

Jürgen von Hagen: „Policy Coordination in the EMU“ in Oesterreichische Nationalbank (Hrsg.): Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik. 27. Volkswirtschaftliche Tagung, Wien 1999.

Marcus Höreth: „Die Europäische Union im Legitimationstrilemma“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 10, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999.

Romain Kirt: „Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung“, ZEI Discussion Paper C52, Bonn 1999.

Christian Koenig: „Some Brief Remarks on Interjurisdictional Competition between EU Member States“, European Business Law Review, September/October 1999, S. 1.

Christian Koenig und Jürgen Kühling: „Reform des EG-Beihilfenrechts aus der Perspektive des mitgliedstaatlichen Systemwettbewerbs – Zeit für eine Neuausrichtung?“, EuZW 1999, S. 517-523.

Christian Koenig, Jens-Daniel Braun und Ralf Capito: „Experimentelle Erweiterung des europäischen Systemwettbewerbs durch Wahl der Rechtsregeln in einem Binnenmarkt für mitgliedstaatliche Regulierungen?“, EWS 1999, S. 401-409.

Ludger Kühnhardt, Dario Valcarcel (Hrsg): „Spanien und Deutschland als EU-Partner“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 11, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999.

Ludger Kühnhardt, u.a.: „Advancing the Union. Report by The Independent Commission for the Reform of the Institutions and Procedures of the Union (ICRI)“, London 1999.

Rolf Strauch und Jürgen von Hagen: „Institutions, Politics, and Fiscal Policy“. ZEI Studies in European Economics and Law, Kluwer Verlag, Dordrecht und Boston, 1999.

schungsprojekts über „Regional Insurance Mechanisms in the European Monetary Union“ von Professor Kenneth Kletzer, University of California at Santa Cruz, und ZEI-Direktor Professor Jürgen von Hagen. Ihre gemeinsame Arbeit „Monetary Union and Fiscal Federalism“ diskutiert die volkswirtschaftlichen Aspekte eines horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Teilnehmerstaaten der Währungsunion. Die Analyse zeigt, dass ein horizontaler Finanzausgleich in der Lage ist, regionale Beschäftigungsschwankungen zu dämpfen. Dennoch besteht die Gefahr, dass ein solcher Mechanismus sich wirtschaftlich schädlich auswirken würde, da er nicht zwischen unterschiedlichen Ursachen

von Beschäftigungsschwankungen diskriminieren kann. Die Arbeit entstand als Teil des Forschungsprojekts der UN Universität über die weltwirtschaftliche Bedeutung der EWU und wird im Rahmen dieses Projekts publiziert.

Institutionelles Recht

Einen weiteren rechtswissenschaftlichen Schwerpunkt bildet die systematische Analyse des Unionsvertrages, insbesondere der institutionellen Verklammerung von intergouvernementalen Unions- und supranationalen Gemeinschaftspolitiken. Die damit verbundenen Fragen wurzeln zu einem wesentlichen Teil in der durch den Amsterdamer Vertrag fortentwickelten Unterscheidung von Unionsrecht und Gemeinschaftsrecht. Erodiert die Schaffung der Europäischen Union den Gedanken und die zielsteuernde Kraft des Gemeinschaftsrechts und kommt es zu einem Auseinanderdriften der europäischen Rechtseinheit im Rahmen ihrer rechtskategorialen Qualität, oder strahlt umgekehrt der bewährte gemeinschaftsrechtliche Bestand auf weitere Sachbereiche? Die Autoren Pechstein und Koenig unterwerfen in einer Neuauflage des Lehrbuchs „Die Europäische Union“ die hieraus folgenden Problemstellungen einer systematischen rechtlichen Analyse (erscheint im Frühjahr 2000). Dabei werden nicht nur die Unionsarchitektur so-

wie die ansonsten vielfach vernachlässigten Politikbereiche der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) sowie der *Polizeilichen und Justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen* (PJZS) dargestellt, sondern auch für die Fortentwicklung der Union maßgeblichen Fragestellungen wie die anstehende Osterweiterung, die Justitiabilität des Unionsrechts und die in der öffentlichen Diskussion stehende Problematik des Verfassungsbedarfs bzw. der Verfassungsqualität der rechtlichen Grundordnung der Union behandelt.

Die Lage der Gerichtsbarkeit in der Europäischen Union, einem Rechtsraum, der möglicherweise bald 28 Mitgliedstaaten umfassen wird, war Thema eines Symposiums, das das ZEI im November 1999 in Zusammenarbeit mit dem Bonner Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht (ZEW) unter der Leitung von Professor Ulrich Everling, ehem. Richter am Europäischen Gerichtshof (EuGH) veranstaltete. Die kritische Lage der Gerichtsbarkeit der Europäischen Gemeinschaften ist unbestritten. Die Anzahl komplizierter, profunde sachspezifische Kenntnisse erfordernder Verfahren nimmt ständig zu und die dadurch bedingte massive Arbeitsbelastung führt zu einer unerträglichen Verlängerung der Verfahrensdauer. Im Rahmen der Diskussion unter Anwälten und Ministerialbeamten, die in der Vorbereitung oder Führung von Prozessen unmittelbar mit dem EuGH oder dem europäischen Gericht erster Instanz (EuG) zu tun haben, sowie Rechtswissenschaftlern wurde deutlich, dass eine notwendige Reform des gemeinschaftlichen Gerichtssystems mit einer durchgreifenden Zuständigkeitsverlagerung vom EuGH zum EuG einhergehen muss. Die Funktion des EuGH sollte dabei auf die eines „Verfassungs“gerichts bzw. einer reinen Revisionsinstanz beschränkt werden. Gleichzeitig wurde die Bildung von Spezialkammern beim EuG oder die Schaffung von Fachgerichten etwa für das Kartellrecht für notwendig erachtet.



Everling

Prof. Ulrich Everling

Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Handel und Wettbewerb auf den europäischen Märkten für Güter und Dienstleistungen bilden den Kern der wirtschaftlichen Integration in Europa. Dieser Kern ist symbolisiert durch den Begriff des „Einheitlichen Europäischen Marktes“. Die Forschungsgruppe am ZEI beschäftigt sich mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Integration auf der Mikroebene, einschließlich der rechtlichen Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, der Regulierungspolitik und der Marktbedingungen, die durch die Infrastrukturpolitik der Europäischen Union geschaffen werden.

Europäisches Kommunikationsrecht

Das 1999 am ZEI begonnene Forschungsprojekt „Europäisches Kommunikationsrecht“ untersucht die Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft in den Bereichen Telekommunikation und Medien sowie deren Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten aus rechtswissenschaftlicher Sicht. Im Berichtszeitraum lag der inhaltliche Schwerpunkt im Bereich der Telekommunikation.

Die mit der Öffnung der Telekommunikationsmärkte bewirkten Preisvorteile haben die wettbewerbliche Dynamik auf diesen Märkten auch für die breite Öffentlichkeit greifbar gemacht. Diese Entwicklung geht nicht nur auf die Initiative der Europäischen Gemeinschaft zurück, sondern wird maßgeblich durch die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben an die Mitgliedstaaten - in Form von Richtlinien und Entscheidungen - geprägt. Die Europäische Gemeinschaft hat bei den Maßnahmen zur Öffnung der Telekommunikationsmärkte von Beginn an einen zweigleisigen Politikansatz verfolgt. Einerseits wurde die Abschaffung von Monopolrechten und sonstigen besonderen Rechten einzelner Organisationen auf wettbewerbsrechtlicher Kompetenzgrundlage durchgesetzt. Die Mitgliedstaaten wurden gezwungen, die größtenteils noch im staatlichen Monopol geführten Telekommunikationsorganisationen zu privatisieren und anderen Unternehmen den Zutritt zu den Telekommunikationsmärkten zu ermöglichen. Andererseits wurde die so



Welche Konsequenz hat die Öffnung der Telekommunikationsmärkte? Diskussion am ZEI

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“ (Auswahl)

Christian Koenig und Andreas Bartosch: „Die Pflichten der EU-Beitrittsstaaten zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Bereich der Mobilfunkfrequenzvergabe“, *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, 1999, Heft 12, S. 865-880.

Christian Koenig und Jens-Daniel Braun: „Eigentumsschutz nach Art. 14 Grundgesetz für durch staatliche Beihilfen Erworbenes“, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 1999, Heft 10, S. 1056-1059.

Christian Koenig und Sascha Loetz: „Rechtsnatur und Inhalt der Zusammenschaltungsanordnung nach § 37 TKG“, *Kommunikation & Recht*, 1999, Heft 7, S. 298-305.

Christian Koenig und Sascha Loetz: „Sperrungsanordnung gegenüber Network- und Access-Providern“, *Computer und Recht*, 1999, Heft 7, S. 438-445.

Christian Koenig und Eva-Maria Müller: „EG-rechtlicher Schutz biotechnologischer Erfindungen am Beispiel von Klonverfahren an menschlichen Stammzellen“, in: *EuZW* 1999, S. 681ff.

Christian Koenig und Andreas Neumann: „Internet-Protokoll-Adressen als ‚Nummern‘ im Sinne des Telekommunikationsrechts?“, *Kommunikation & Recht*, 1999, Heft 4, S. 145-151.

bewirkte Beseitigung rechtlicher Marktzutrittsschranken durch ein regulatorisches Instrumentarium ergänzt, welches den offenen Zugang zu Telekommunikationsnetzen aktiv sicherstellen soll. Diese Regelungen der „Open Network Provision“ (ONP) wurden in einer Übergangsphase vom Monopol- zum Wettbewerbsmarkt für erforderlich gehalten, um die Vorteile der in den Wettbewerb entlassenen Monopolunternehmen zu kompensieren, die oftmals Betreiber der einzigen landesweiten Festnetzinfrastruktur sind und als vertikal integrierte Unternehmen selbst Telekommunikationsdienstleistungen anbieten.

Die rechtliche Funktionsweise und das Ineinandergreifen dieser unterschiedlichen Regelungsansätze im Spannungsfeld zwischen Liberalisierung und Regulierung bildete das Oberthema, dem sich die Forschungsprojektgruppe durch Beiträge zu Einzelfällen anzunähern versucht. Gegenstand der Untersuchungen war dabei nicht nur der Rechtsrahmen der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch die mitgliedstaatliche Umsetzung der EG-rechtlichen Vorgaben. Dabei wurde Wert darauf gelegt, nicht nur die spezifischen Auswirkungen auf den Telekommunikationssektor zu berücksichtigen, sondern ebenso die Entwicklung der Neuen Medien mit einzubeziehen.

Während des ersten, von ZEI initiierten „Parlamentsforums zur EU-Erweiterung“ (siehe auch Forschungsgruppe V), das im April mit Parlamentariern aus den EU-Beitrittsstaaten durchgeführt wurde, bildeten die praktischen Probleme bei der Implementierung des gemeinschaftlichen Rechtsrahmens im Kommunikationsbereich einen der Arbeitsschwerpunkte. Auf Einladung des tschechischen Parlaments

wurde daraufhin im September 1999 von Professor Christian Koenig, Direktor am ZEI, und Senior Fellow, Dr. Andreas Bartosch, eine Veranstaltung mit dem Thema „Europäisches Kommunikationsrecht im Beitrittsprozess“ durchgeführt, die nicht nur der Erläuterung spezifisch kommunikationsrechtlicher Sachverhalte diente, sondern ebenso die grundlegenden Funktionsmechanismen der europäischen Rechtsangleichung als Mittel der Integration behandelte.

Die Auswirkungen des europäischen Telekommunikationsrechts auf die deutsche Rechtsordnung waren Gegenstand von Beratungstätigkeiten, die im Rahmen der vom ZEI anvisierten Politikberatung für öffentliche Stellen erbracht wurden. Zur Förderung des Dialogs von Wissenschaft und Praxis wurden die Erträge der Forschungsprojektgruppe auch Unternehmen der Telekommunikationsbranche zugänglich gemacht.

Die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte hat eine Vorbildfunktion für zukünftige Maßnahmen der Gemeinschaft bei der Öffnung von Märkten. Ähnliche Probleme wie im Telekommunikationsbereich stellen sich z.B. auf den Strom- und Gasmärkten, denen ebenfalls eine netzförmige Infrastruktur zugrunde liegt. Eines der zukünftigen Themen der Forschungsprojektgruppe wird es daher sein, die Übertragbarkeit der im Telekommunikationssektor gewonnen Erkenntnisse auf vergleichbare Wirtschaftszweige zu untersuchen. Mit der im Jahr 2000 anstehenden Überprüfung des ONP-Konzepts steht darüber hinaus eine Bewertung des bisherigen Vorgehens durch die Europäische Kommission an, die Anlass zu weiteren Untersuchungen bieten wird.

Regulierung der „Life Sciences“

Im Oktober 1999 begann unter Leitung von Professor Christian Koenig, Direktor am ZEI, ein Forschungsprojekt zur EG-rechtlichen Regulierung der „Life Sciences“. Im Mittelpunkt des Projekts stehen Fragen des Gewerblichen Rechtsschutzes im Bereich der Biowissenschaften und Pharmazie sowie des Europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts mit Blick auf die Märkte für Arznei-

mittel. Ergänzt werden diese Gebiete durch das Recht der Gentechnik und des Embryonenschutzes. Des weiteren zählen das Europäische Zulassungs- und Haftungsrecht zum Tätigkeitsfeld der Forschungsgruppe. Künftig möchte die Projektgruppe einzelfallbezogen mit Forschungseinrichtungen, Unternehmen aus dem Pharmabereich sowie politischen und staatlichen Institutionen zusammenarbeiten.

Zentrale Themen der bisherigen Arbeit waren die EG-rechtliche Beurteilung von therapeutischen Eingriffen in die menschliche Keimbahn, sowie von Klonverfahren unter Verwendung menschlicher Stammzellen. Beide Themen sind Gegenstand der EG-Richtlinie vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen, welche auch von der Bundesrepublik Deutschland bis 30. Juli 2000 umzusetzen ist. Insbesondere beteiligte sich die Forschungsprojektgruppe bei der Frage der Patentierbarkeit von künstlichen menschlichen Chromosomen mit EG-rechtlichen Betrachtungen an der aktuellen tagespolitischen Diskussion.

Auch der europäische Arzneimittelmarkt im Medium Internet wurde im Hinblick auf seine künftigen Entwicklungen und den bevorstehenden europäischen Neuregelungen einer (wettbewerbsrechtlichen) Untersuchung unterzogen.

Verkehrspolitik

In einem Markt der geographischen Dimension der EU spielen Transportkosten eine wichtige Rolle in der Bestimmung der Wettbewerbsbedingungen. Schon früh hat die EU daher eine Verkehrspolitik entwickelt, die einerseits den Wettbewerb auf den Verkehrsmärkten reguliert, andererseits die Herstellung und Nutzung der Verkehrswege in Europa gestaltet. Das Nebeneinander nationaler und europäischer Verkehrspolitik hat im Laufe der Zeit zu einem wahren Dickicht an Bestimmungen und Maßnahmen geführt, deren Einzelheiten kaum noch zu überblicken sind. Ein Projekt dieser Forschungsgruppe besteht darin, durch die Erarbeitung eines „Handbuchs der Europäischen Verkehrspolitik“ eine Bestandsaufnahme zu liefern und damit Überlegungen für die künftige Entwicklung der Verkehrspolitik auf eine solide Basis zu stellen.

Christian Koenig und Ernst Röder:
“Regulation of Telecommunications in the European Union: A Challenge for the Countries Acceding to the European Community“, European Business Law Review, July/August 1999, S. 1-7.

Christian Koenig und Christian Zeiss:
„EG-Telekommunikationsrecht und Lizenzierung von satellitengestützten persönlichen Kommunikationssystemen“, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 1999, Heft 5, S. 133-139.

Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Die Arbeiten dieser Forschungsgruppe beschäftigten sich im Jahr 1999 weiterhin vornehmlich mit der Gestaltung und den Bedingungen der Europäischen Währungsunion.



Pressekonferenz „EMU-Monitor“ am 2.6.1999 im Frankfurter Presseclub

Geldpolitik

Im Mai und November 1999 bezog der „EMU Monitor“ des ZEI, eine Gruppe von fünf internationalen Wirtschaftswissenschaftlern, die die Arbeit der Europäischen Zentralbank kritisch begleitet, in Pressekonferenzen in Frankfurt Stellung zum Kurs der europäischen Geldpolitik. Die Gruppe, bestehend aus Patrick Artus (CDC), Eduard Bomhoff (Universität Nijmegen), Giampaolo Galli (Confindustria), Jürgen von Hagen (ZEI), Manfred Neumann (Universität Bonn) und Alessandro Penati (Universität Mailand), betonte die Notwendigkeit einer größeren Transparenz der Geldpolitik, die sich in einer eindeutigen konzeptionellen Ausrichtung niederschlagen müsse. Sie befand die Geldpolitik der EZB als zu kurzfristig ausgerichtet, was sich in der Zinssenkung im

April 1999 besonders deutlich niedergeschlagen habe. Grundlage der Arbeit des EMU Monitors sind Arbeitspapiere, die auf der Homepage des ZEI veröffentlicht werden.

Zu den wichtigen Grundlagen der Geldpolitik gehört die Stabilität der Geldnachfragefunktion. Dr. Bernd Hayo, Senior Fellow am ZEI, veröffentlichte dazu im *Scottish Journal of Political Economy* eine empirische Studie, die erstmals eine Geldnachfragefunktion für die gesamte EWU schätzt. Ein zentrales Ergebnis dieser Studie ist, dass die Geldnachfrage hinreichend stabil ist, um eine geldmengenorientierte Geldpolitik zu rechtfertigen. Dies unterstützt die Forderung des „EMU Monitors“ nach einer deutlicheren Ausrichtung der Geldpolitik an dem „monetären Referenzwert“ der EZB.

Die Bedeutung von Finanzderivativen für die Wirksamkeit und Gestaltung der Geldpolitik war Gegenstand der Untersuchungen von Ingo Fender, Junior Fellow am ZEI. Er fand anhand theoretischer Analysen heraus, dass die stürmische Entwicklung der Verwendung und des Handels von Finanzderivativen tendenziell die Wirkung geldpolitischer Maßnahmen auf Beschäftigung und reales Güterangebot schwächt. Die geldpolitische Konsequenz ist, dass sich die Zentralbank in dem Umfeld moderner Finanzmärkte stärker auf das mittelfristige Ziel der Preisstabilität konzentrieren sollte.

Preisstabilität und Beschäftigung

Sind Preisstabilität und stabile Beschäftigung wirklich so wichtig, wie Ökonomen gemeinhin behaupten? Dr. Robert MacCulloch, Senior Fellow am ZEI, arbeitete im Jahr 1999 im Rahmen seines Projekts „How Do Macroeconomic Fluctuations Affect Happiness?“ an der Beantwortung dieser Frage. Im Mittelpunkt seines Projekts steht der Ein-



Dr. Bernd Hayo, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI

fluss makroökonomischer Entwicklungen auf das Wohlbefinden der Bevölkerung, gemessen anhand von Befragungsdaten. Die empirischen Schätzungen, die Dr. MacCulloch im Rahmen dieses Projekts durchführt, beruhen auf amerikanischen und europäischen Befragungen aus den 1970er bis zu den 1990er Jahren. Sie zeigen, dass die befragten Personen im Durchschnitt bereit wären, für eine Verringerung der Arbeitslosenquote ihres Landes um einen Prozentpunkt einen Betrag von 165 Dollar (in Preisen von 1985) und für eine Verringerung der Inflationsrate ihres Landes um einen Prozentpunkt einen Betrag von 150 Dollar (in Preisen von 1985) zu zahlen. Dies entspricht jeweils etwa zwei Prozent des durchschnittlichen pro-Kopf Einkommens der Befragten.

Diese Ergebnisse verdeutlichen den hohen ökonomischen Wert von monetärer Stabilität und stabiler Beschäftigung. Sie liefern zugleich eine Basis für die hohen politischen Anstrengungen, die die Europäische Währungsintegration in den letzten Jahren erfordert hat. Dr. MacCullochs Studie wird im *American Economic Review*, der international bestangesehenen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift publiziert.

Fiskalpolitik

Ein weiteres Forschungsgebiet dieser Gruppe ist die Fiskalpolitik in Europa. Dr. Matthias Brückner arbeitete im Berichtsjahr an dem Projekt „Kapitalbesteuerung in Europa“. Seine Arbeit „Capital Taxation and Strategic Delegation“ betrachtet alternative Formen der Steuerharmonisierung und des Steuerwettbewerbs im Rahmen eines Modells der Politischen Ökonomie. Im Kern der Analyse steht das Zusammenspiel zwischen nationalen politischen Prozessen und der Koordination der Kapitalbesteuerung zwischen Nationen. Steuerwettbewerb führt in dieser Betrachtung wie üblich zu Wohlfahrtsverlusten, da er zu niedrige Steuersätze und dadurch zu geringe Leistungen des öffentlichen Sektors bewirkt. Auf nationaler Ebene reagieren die Wähler auf dieses Ergebnis, indem sie Regierungen wählen, die relativ hohe Steuersätze bevorzugen. Die negative Wirkung des Steuerwettbewerbs wird dann durch die – gemessen am eigentlichen Wählerinteresse – zu hohe Besteuerungsneigung der Regierungen korrigiert.

Die Arbeit zeigt weiter, dass der nationale politische Prozess im Fall einer Steuerharmonisierung dazu führt, dass Regierungen mit einer relativ geringen Besteuerungsneigung gewählt werden. Im Endeffekt sind die Steuersätze bei Steuerwettbewerb und –harmonisierung nicht wesentlich voneinander verschieden.

Die Untersuchung verdeutlicht, dass makroökonomische Koordinierung in Europa im Zusammenhang mit den nationalen politischen Prozessen betrachtet werden muss. Demokratische Wahlen auf nationaler Ebene bilden ein Korrektiv für unerwünschte langfristige Konsequenzen von Wettbewerb und Harmonisierung. Inwieweit dies auch für die Stabilisierungspolitik gilt, bleibt eine offene Forschungsfrage.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe IV „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“ (Auswahl).

Jürgen von Hagen: „The Composition of Central Bank Councils for Heterogeneous Monetary Unions“, in: Jürgen von Hagen und Christopher J. Waller (Hrsg.): *Regional Aspects of Monetary Policy in Europe*, Kluwer, Boston 1999.

Bernd Hayo: „Money-Output Granger Causality Revisited: An Empirical Analysis of EU Countries“, in: *Applied Economics* 31, 1999. S. 1489-1501.

Rafael di Tella, Robert MacCulloch und Andrew J. Oswald: „The Macroeconomics of Happiness“, ZEI Policy Paper B99-03, Bonn 1999.

Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bleibt auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. Seit einigen Jahren fordern internationale Institutionen wie die OECD ebenso wie zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der Wirtschaftspresse eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte in Europa, um dem Problem Herr zu werden. Der derzeitige Forschungsstand stützt diese Forderung allerdings kaum. Weder theoretische noch empirische Analysen belegen überzeugend, dass Flexibilisierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt. Hinzu kommt, dass der Begriff der Flexibilität in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit unterschiedlichen Inhalten belegt wird.

Im Rahmen des Projekts „Flexibility of Labor Markets“ untersucht Dr. Robert MacCulloch den empirischen Zusammenhang zwischen Flexibilität und wichtigen Arbeitsmarktkindikatoren wie Arbeitslosenquote, Beschäftigungsquote, Partizipationsrate u.a. Er stützt sich dabei auf ein Maß der Flexibilität, das aus internationalen Befragungsdaten entwickelt wurde und einen internationalen Vergleich der Arbeitsmarktentwicklung zulässt.

In einer gemeinsamen Arbeit mit Rafael Di Tella, Harvard University, zeigt MacCulloch, dass der Zusammenhang zwischen Flexibilität und Arbeitslosenquoten nur schwach negativ ist. Daten aus den 1980er Jahren lassen den Schluss, eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte trage zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bei, nicht zu. Hingegen gibt es einen deutlich positiven Zusammenhang zwischen Flexibilität und Beschäftigungsgrad, und dies vor allem in der Beschäftigung von Frauen. MacCulloch und Di Tella zeigen auch, dass flexible Arbeitsmärkte in der Lage sind, negative Beschäftigungsschocks rascher zu absorbieren.

Diese Studie fand internationale Beachtung, als sie 1999 in der Zeitschrift *Economist* ausführlich besprochen wurde. Die wichtigste Schlußfolgerung ist, dass einfache Rezepte, die auf die Senkung von Kosten der Entlassung von Arbeitskräften hinauslaufen, nicht ohne Weiteres als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen werden können.

Im Rahmen einer Vorstudie erarbeitete Dr. MacCulloch im Berichtsjahr eine Erweiterung des Datenmaterials auf die 1990er Jahre. Erste Ergebnisse zeigen, dass die Aussagen der Studie aufgrund früherer Daten qualitativ bestehen bleiben.

In einem weiteren Projekt befaßt sich Dr. MacCulloch mit theoretischen und empirischen Determinanten der Arbeitslosenversicherung und der sozialen Sicherung.

Vor dem Hintergrund der Absicht der französischen Regierung, die gesetzliche Arbeitszeit in Frankreich auf 35 Stunden zu verkürzen, diskutierte das „Deutsch-Französische Wirtschaftspolitische Forum“ bei seinem Treffen im Juli in Paris die deutschen Erfahrungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Es stellte sich heraus, dass die Bemühungen zur Arbeitszeitverkürzung in Deutschland, die bis in die frühen 1980er Jahre zurückgehen, in Frankreich nicht bekannt waren. Professor Axel Börsch-Supan, Universität Mannheim, erläuterte in seinem einführenden Referat die Schwierigkeiten einer exakten Messung der Beschäftigungseffekte der Arbeitszeitverkürzung. Aufgrund einer Reihe von Schätzungen kam er zu dem Schluss, dass die Beschäftigungseffekte vermutlich negativ waren. Auf französischer Seite hofft man dagegen, durch steuerliche und andere Anreize für die Unternehmen positive Beschäftigungseffekte erzielen zu können.



Brian Devlin, EU Kommissar, und Jürgen von Hagen, Direktor am ZEI

Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“

Hauptaufgabe dieser Forschungsgruppe ist es, den Erweiterungsprozess der EU wissenschaftlich zu durchdringen und durch praktische Maßnahmen zielgerichtet zu fördern.

Rahmenvereinbarungen

Während des Berichtszeitraums schloss die Forschungsgruppe Rahmenvereinbarungen mit den Außenministerien Bulgariens, Lettlands, Litauens, Rumäniens und der Slowakei sowie mit dem Büro für Europäische Integration der Regierung Kroatiens ab. Inhalt dieser Vereinbarungen ist die Beratung bei der Ausarbeitung bzw. Effektivierung von nationalen Programmen zur Übernahme und Implementierung des gemeinschaftlichen Acquis. Hierzu haben die Ministerien der derzeitigen bzw. zukünftigen Kandidatenländer hochrangige Mitarbeiter als Kontaktpersonen benannt, die als ZEI Senior Fellows begonnen haben, gemeinsam mit dieser ZEI Forschungsgruppe länderspezifische Konzepte für den EU-Beitritt auszuarbeiten.

Ergänzt wird diese Beratungsarbeit durch zielorientierte und effiziente Informationsmaßnahmen, die die Bevölkerung in der EU und ihre Entscheidungsträger über die von den Anwärtern auf eine EU-Mitgliedschaft bislang gemachten Fortschritte und geplanten nächsten Schritte auf dem Weg zur Übernahme und Implementierung des Acquis auf dem Laufenden hält. So hat das ZEI führenden Vertretern dieser und weiterer Länder, unter ihnen dem mazedonischen Staatspräsidenten Kiro Gligorov am 8. Juni 1999, der bulgarischen Außenministerin Nadezhda Mihailova am 16. März 1999, dem slowakischen Außenminister Eduard Kukan am 2. Februar 1999, dem rumänischen Minister für europäische Integration, Professor Alexandru Herlea am 18. Oktober 1999 sowie der kroatischen Ministerin für Europäische Integration, Ljerka Mintas Hodak, am 15. Juni 1999 die Möglichkeit gegeben, im Rahmen von

Vorträgen am ZEI Informationen über den Stand ihrer Beitrittsmaßnahmen an ein großes Fachpublikum sowie über breites Medienecho, teilweise durch Direktübertragung des Fernsehsenders Phoenix, auch an die breite deutsche Öffentlichkeit zu vermitteln. In einigen ZEI Discussion Papers wurden die Vorträge und weitere Analysen zum Stand des Beitrittsprozesses veröffentlicht. Auf die Diskussionen im Vorfeld des EU-Gipfeltreffens im Dezember 1999 zielte das von Dr. Marcus Wenig, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ZEI, herausgegebene Discussion Paper C 58/1999 „A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations“, das führenden Vertretern der bisher als Kandidatenländer der „zweiten Reihe“ geltenden Staaten, darunter den ZEI-Senior Fellows Stanislav Daskalov, Sofia, Iveta Sulca, Riga, und Egidius Vareikis, Vilnius, Gelegenheit zur Darstellung der Reformerfolge ihrer Länder gegeben hat.

Parlamentsforum zur EU-Erweiterung

Am 6. und 7. April 1999 veranstaltete das Zentrum für Europäische Integrationsforschung erstmals das „Parliament's Forum on EU Accession“, um der zentralen Bedeutung der nationalen Parlamente in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas und Zypern bezüglich des Erweiterungsprozesses der EU Rechnung zu tragen. Mit diesem Forum soll der EU-Erweiterungsprozess mit periodisch stattfindenden Workshops am ZEI begleitet werden.

Während der zweitägigen Veranstaltung diskutierten ZEI-Wissenschaftler mit den Vorsitzenden der Europa-



Jan Figel, Staatssekretär im Außenministerium der Slowakei, und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt bei der Unterzeichnung des Beratungsabkommens am 20.5.1999



Miro Gligorov, Staatspräsident von Mazedonien, Prof. Klaus Borchard, Rektor der Universität Bonn, und Dr. Marcus Wenig, wiss. Mitarbeiter am ZEI, am 8.6.1999 im Festsaal der Universität (v.l.)



Prof. Alexandru Herlea, Minister für Europäische Integration, Rumänien, am 18.10.1999 im ZEI



Nikolaus van der Pas, EU-Kommission, und Pertti Salolainen, früherer stv. Ministerpräsident von Finnland, am 6.4.1999 im ZEI



Valdis Birkavs, Außenminister Lettlands, während der Baltikum-Konferenz am 7.5.1999

Ausschüsse der EU-Kandidatenländer, den in Deutschland akkreditierten Botschaftern dieser Länder sowie mit dem für die Erweiterungsverhandlungen zuständigen Generaldirektor der Kommission Nikolaus van der Pas, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Dr. Hans-Friedrich von Ploetz, und dem früheren finnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Pertti Salolainen, der Finnlands Verhandlungsführer bei den EU-Beitrittsverhandlungen war, über die Erfahrungen, Erwartungen und Notwendigkeiten, die der EU-Erweiterungsprozess impliziert. Diese Initiative soll den beteiligten Akteuren künftig regelmäßig die Möglichkeit bieten, zentrale Aspekte der Erweiterung mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen.

Sicherheitspolitische Aspekte

Wenige Tage nach dem NATO-Gipfeltreffen in Washington D.C. und vier Wochen vor dem EU-Gipfeltreffen in Köln veranstaltete das ZEI in Zusammenarbeit mit dem „Programme on the Northern Dimension of the CFSP“ und dem Institut für Europäische Politik (IEP) am 7. Mai 1999 eine Konferenz zum Thema: „German and American Policies Towards the Baltic States – The Perspectives of EU and NATO Enlargement“.

Der Außenminister Estlands, Toomas Hendrik Ilves, sein lettischer Amtskollege Dr. Valdis Birkavs sowie der stellvertretende litauische Außenminister Dr. Gediminas Serknys diskutierten mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Wolfgang Ischinger, dem Beigeordneten

Generalsekretär für Politische Angelegenheiten der NATO, Dr. Klaus-Peter Klai-

ber und Alexander Vershbow, dem Botschafter der Vereinigten Staaten bei der NATO, sowie mit zahlreichen Wissenschaftlern aus den USA, der Russischen Föderation, Deutschland und aus den drei baltischen Staaten über die verschiedenen Aspekte, Fragen und Perspektiven der EU- und NATO-Erweiterung.

Im Zentrum der Veranstaltung stand die Diskussion über die politische und wirtschaftliche Einbindung der baltischen Staaten in das transatlantische Bündnissystem und die EU. Ferner beschäftigten sich die Vortragenden mit der Frage der europäischen Sicherheit und den Implikationen der geopolitischen Lage der baltischen Staaten auf der Schnittstelle zwischen Europa und Rußland.

Stabilitätspakt Südosteuropa

Im Rahmen seiner Beratungs- und Unterstützungstätigkeit hat sich das ZEI die Förderung des Heranführungsprozesses der Länder Südosteuropas zur Aufgabe gemacht. Im Vorfeld der Beschlüsse, die zur Erarbeitung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa geführt haben, organisierten das in Sofia ansässige „Center for Liberal Strategies“ und das ZEI am 11. und 12. Mai 1999 in der bulgarischen Hauptstadt eine Konferenz mit führenden Vertretern von Forschungsinstituten, Universitäten und Medien aus ganz Südosteuropa. Bulgariens Staatspräsident Petar Stoyanov wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, dass es angesichts des Kosovo-Krieges dringlich notwendig sei, Visionen für die gesamte Region zu entwickeln. Unter dem Leitmotiv „Facing the Future: The Balkans in the Year 2010“ wurden auf der Konferenz unterschiedliche Szenarien für die politische, wirtschaftliche und strategische Zukunft der Region vorgestellt. Vor über 200 Zuhörern diskutierten die eingeladenen Wissenschaftler in aller Offenheit und mit dem Willen, über die aktuelle Krise hinaus nach langfristig realistischen und zugleich dringend gebotenen Perspektiven zu suchen. Eine besondere Bereicherung erfuhr die Konferenz durch die trotz des Kosovo-Krieges zustande gekommene Teilnahme serbischer und kosovo-albanischer Wissenschaftler.



Gediminas Serknys, stv. Außenminister Litauens, und Wolfgang Ischinger, Staatssekretär im Auswärtigen Amt



Von rechts: Petar Stoyanov, Staatspräsident Bulgariens, im Gespräch mit ZEI-Direktor Ludger Kühnhardt, Dr. Marcus Wenig, FG „Erweiterung der EU“, und Ivan Krastev, Center for Liberal Strategies, Sofia

Wirtschaftspolitische Aspekte des Erweiterungsprozesses

Letztlich wird der Erfolg des Erweiterungsprozesses von wirtschaftlichen Entwicklungen bestimmt werden. Dr. Hayo beschäftigt sich in dem Projekt „Public Attitudes Towards Economic Transition in Eastern Europe“ mit dem Einfluss wirtschaftlicher Größen auf den Grad der Zustimmung zum Integrationsprozess in den Bevölkerungsländern der Beitrittsländer. Seine Analyse kombiniert Befragungsdaten mit makroökonomischen Variablen, um den Effekt der Wirtschaftsentwicklung auf die öffentliche Meinung zu messen. Er fand heraus, dass Wirtschaftswachstum und Inflation einen signifikanten Einfluss auf die öffentliche Zustimmung zu Wirtschaftsreformen und dem Beitrittsprozess in diesen Ländern haben. Eine stabile Wirtschaftsentwicklung ist notwendig, um die politische Basis für den Reform- und den Beitrittsprozess zu sichern.

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in den Beitrittsländern

Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Arbeitsmarktentwicklung. Dr. Iulia Traistaru und Dr. Ken Smith beschäftigen sich vor diesem Hintergrund mit der Entwicklung der Arbeitsmärkte in den Beitrittsländern. Gemeinsam mit Ella Kallai verfasste Dr. Traistaru eine Arbeit über regionale Arbeitsmärkte in Rumänien, die in der international angesehenen Zeitschrift *Economics of Tran-*

sition erscheint. Die Arbeit ist ein Ergebnis des ACE Programms über die arbeitsmarktpolitische Bedeutung von Lernprozessen und Wissenstransfer in Transformationsländern. Im Berichtsjahr 1999 war Dr. Traistaru auch als Beraterin der rumänischen Regierung im Bereich Unternehmensentwicklung und Investitionen tätig.

Dr. Ken Smith arbeitete im Berichtsjahr an einer Analyse von Lohn- und Einkommensdaten aus den baltischen Ländern. In einer in der Zeitschrift *Economics of Transition* veröffentlichten Arbeit untersucht Dr. Smith den Einfluß von ethnischen Zugehörigkeiten auf die Lohnstruktur in Estland und zeigt, dass russische Arbeitnehmer im Untersuchungszeitraum signifikante Lohnabschläge hinnehmen mussten. Eine zweite Untersuchung estländischer Daten zeigt, dass Arbeitnehmer in Transformationsländern keine oder negative Prämien für Seniorität erhalten. Der Transformationsprozess führt dazu, dass neues Wissen über Produktions- und Marktprozesse besser entlohnt wird als aus der Vergangenheit übernommenes Wissen. In einer weiteren Arbeit untersucht Dr. Smith die Einkommenswirkungen der Sozialversicherungsreform in Lettland.

Dr. Jan Fidrmuc untersucht in seinem Projekt „Unemployment and the Dynamics of Political Support for Economic Reforms“ den politischen Prozess der Zustimmung zu

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“ (Auswahl).

Susanne Baier-Allen: „Looking in the Future of Cyprus-EU Relations“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 5, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999.

Rafael Biermann: „The Stability Pact for South Eastern Europe – Potential, Problems and Perspectives“, ZEI Discussion Paper C56, Bonn 1999.

Stefan Comes: „Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und die Angleichung der polnischen Landwirtschaft: Eine Bewertung der Probleme nach dem Berliner Gipfel“, in: Polens Landwirtschaft auf dem Weg in die EU, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.), Berlin 1999, S. 15 - 27.

Jan Fidrmuc: „Unemployment and the Dynamics of Political Support for Economic Reforms“, in: Journal of Policy Reforms 3 (2), 1999, S. 139-156.

Ludger Kühnhardt: „Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft und die AGENDA 2000“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 1-2/99, 8. Januar 1999, S. 3 ff.

Marcus Wenig, (Hrsg.): „A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations“, ZEI Discussion Paper C58, Bonn 1999.

Peter Wittschorek (Hrsg.): „AGENDA 2000. Herausforderungen an die Europäische Union und an Deutschland“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 8, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999.

wirtschaftlichen Reformen in den Beitrittsländern. Seine theoretische Analyse zeigt, dass Unsicherheit über den Reformerfolg eine zentrale Rolle in der Bestimmung des Grads der allgemeinen Zustimmung spielt. Diese Arbeit, die in der Zeitschrift *Journal of Policy Reform* publiziert wurde, bildet den theoretischen Hintergrund zu Dr. Fidrmucs empirischen Arbeiten, in denen er den Einfluss ökonomischer Entwicklungen auf die Ergebnisse politischer Wahlen in den Beitrittsländern untersucht. Empirische Ergebnisse für die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und die Slowakei zeigen, dass die Wahlerfolge politischer Parteien wesentlich von wirtschaftlichen Entwicklungen abhängen.

Handel und Banken

Dr. Christian Weller, Senior Fellow am ZEI im Jahr 1999, beschäftigte sich in seiner Forschung mit der Entwicklung des Finanzsektors in den Beitrittsländern. In einer Reihe von Arbeiten, die als ZEI Working Papers erschienen, untersucht Christian Weller die Ursachen von Banken Krisen und den Einfluss internationaler Banken auf die neu sich formierende Bankenindustrie dieser Länder.

Der Zusammenhang von Reformprozessen, Arbeitsmarktentwicklung und wirtschaftlicher Integration stand im Zentrum eines Workshops über „Trade, Integration, and Labor Markets“, den das ZEI für die Dauer einer Woche im Februar 1999 in Tartu, Estland, organisierte. Der mit EU – Mitteln geförderte Workshop brachte eine Gruppe von Nachwuchswissenschaftlern aus Ost-, Mittel- und Westeuropa zusammen. Guiseppe Bertola vom Europäischen Hochschulinstitut Florenz und Torsten Anderson, Universität Aarhus, beide international führende Wissenschaftler auf diesem Gebiet, hiel-

ten Vorlesungen über das Thema des Workshops. Während der Seminarsitzungen trugen die Nachwuchswissenschaftler ihre Arbeiten vor. Neben der wissenschaftlichen Arbeit war es Ziel des Workshops, durch Diskussion und Austausch die Bildung einer europäischen Forschungsgemeinschaft zu fördern.

Der Prozess der europäischen Integration führt einerseits zu intensiveren Handelsbeziehungen zwischen den Beitrittsländern und der Union, andererseits aber auch zu einer Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Regionen der Beitrittsländer bis hin zur Disintegration. Deutlichstes Beispiel dafür ist die Spaltung der ehemaligen CSSR in die Tschechische und die Slowakische Republik. Dr. Jan Fidrmuc beschäftigt sich in einem weiteren Forschungsprojekt mit der Dualität dieser Prozesse. In einer gemeinsamen Arbeit mit Dr. Julius Horvath, Senior Fellow am ZEI, Central European University, Budapest, und Academia Istropolitana Nova, Bratislava, und Jarko Fidrmuc, Österreichische Nationalbank, zeigt Dr. Fidrmuc, dass sich die Instabilität der Tschechisch-Slowakischen Währungsunion aufgrund der wirtschaftlichen Grunddaten erklären lässt.

Eine zweite Arbeit aus diesem Projekt analysiert die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Beitrittsländern in den 1990er Jahren. Auf der Grundlage eines sogenannten Schwerkraftmodells, das das Volumen der Handelsbeziehungen zwischen verschiedenen Ländern erklärt, zeigt Dr. Fidrmuc, dass die Handelsbeziehungen zwischen den Beitrittsländern in dem betrachteten Zeitraum sich dynamischer entwickelt haben, als die Handelsbeziehungen zwischen den Beitrittsländern und der EU. Dies deutet darauf hin, dass die gegenwärtigen Handelsabkommen zwischen der EU und den Beitrittsländern keine ausreichend handelsfreundliche Grundlage für den Beitrittsprozess darstellen.

Finanzen und Staatshaushalte

Zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass die Qualität wirtschaftspolitischer Institutionen einen entscheidenden Einfluß auf das wirtschaftspolitische Verhalten von Regierungen und auf seine Ergebnisse hat. Besonderes Interesse hat dabei die Gestaltung der Institutionen des Budgetprozesses gefunden, d.h. der politischen Entscheidungsverfahren, die zur Verabschiedung und Implementierung des Staatshaushalts führen. Empirische und theoretische Arbeiten, darunter auch Arbeiten von ZEI-Direktor Professor Jürgen von Hagen über die Budgetprozesse europäischer Länder, belegen die Bedeutung der institutionellen Gestaltung in diesem Bereich.

In einem Forschungsprojekt über Budgetprozesse in den Beitrittsländern befaßt sich Diplom-Volkswirt Holger Gleich mit der Entwicklung der Budgetprozesse in den Ländern Ost- und Mitteleuropas. Die bisherigen Arbeiten an dem Projekt dienen zunächst der Erfassung der institutionellen Regelungen der Budgetprozesse der mittel- und osteuropäischen Länder. Die empirischen Ergebnisse deuten darauf hin, dass die institutionelle Ausgestaltung von Budgetprozessen einen Einfluß auf die fiskalische Disziplin der Regierungen, gemessen an der Höhe der Budgetdefizite, der betrachteten Länder hat. Die Ergebnisse bestätigen die Schlußfolgerungen früherer Arbeiten und unterstreichen die Bedeutung der Institutionenentwicklung im Transformationsprozess.

Im Zusammenhang mit diesem Forschungsprojekt untersuchten Senior Fellow Rolf Strauch und Professor Jürgen von Hagen die Entwicklung der öffentlichen Finanzen und des deutschen Budgetprozesses im Zuge der Deutschen Einigung. In einer für die Weltbank verfassten Studie zeigen Strauch und von Hagen, dass die hohen fiskalischen Kosten der deutschen Einigung wesentlich auf institutionelle Fehlgestaltungen und die drastische Verschlechterung der Qualität der deutschen fiskalpolitischen Institutionen unter der Kohl-Regierung zurückzuführen sind.

Regionalentwicklung

Zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Beitrittsprozesses gehört auch die Gestaltung der regionalen Entwicklung in den Beitrittsländern. Regionale Arbeitsmärkte und Märkte für Güter und Dienstleistungen müssen in den Beitrittsländern gestärkt werden, um regionale Ungleichgewichte infolge der stärkeren Einbindung der nationalen Wirtschaften in die europäische Wirtschaft zu vermeiden. Zu dieser Aufgabe gehört nicht zuletzt die Stärkung der regionalen Administrationen, um die Beitrittsländer zu befähigen, an den Regionalprogrammen der Europäischen Union zu partizipieren.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete das ZEI unter der Leitung von Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru am 10. und 11. Dezember einen Workshop zum Thema „Regional Development in Europe in the Context of Enlargement and the Agenda 2000.“ Über 40 Teilnehmer aus den Beitrittsländern und Westeuropa diskutierten empirische Befunde der regionalen Entwicklung und der volkswirtschaftlichen Wirkungen der europäischen Regionalpolitik. Ziel des Workshops war nicht zuletzt die Entwicklung einer gemeinsamen Forschungsperspektive, um komparative empirische Arbeiten von Forscherteams aus verschiedenen Ländern zu fördern.

Peter Zervakis: „Zypern“, in: Studienhandbuch Östliches Europa, Bd.1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas, (Hrsg. Harald Roth), Köln 1999, Seite 435 ff.

Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“

Die Wahrnehmung des europäischen Integrationsprozesses in anderen Regionen der Erde und die wachsende Rolle Europas in der Welt haben sich in zunehmendem Maße in der Projektarbeit des ZEI niedergeschlagen. Drei regionale Beziehungen stehen dabei derzeit im Mittelpunkt der Forschungen und Programmaktivitäten der Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“: Die Beziehungen der EU zu Nord- und Südamerika, das Verhältnis der EU zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Rahmen der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) und der Ausbau der Beziehungen der EU zu Asien.

Beziehungen zu Nord- und Südamerika

Am wichtigsten für die Zukunftsgestalt der Rolle Europas in der Welt des 21. Jahrhunderts bleiben die Beziehungen zu den USA. Mit dieser Thematik beschäftigt sich Dr. Franz-Josef Meiers, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, mit seiner Forschungsarbeit „Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA“. Darüber hinaus unterstützt das ZEI die Bemühungen um eine Fortsetzung der engen Bindungen Europas zu den USA in die nachwachsende Generation hinein. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise das Engagement des ZEI im Rahmen der Transatlantic Summer Academy (TASA) zu sehen (siehe auch Kapitel „Weiterbildung“).



Karsten Voigt (links), Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen im Auswärtigen Amt, und Dr. Rolf Hoffmann, Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil, am 4.3.1999 im ZEI

Vor dem Hintergrund des NATO-Beitritts von Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn und im Kontext der laufenden Forschungsprojekte veranstaltete das ZEI am 4. März 1999 eine Konferenz unter der Überschrift „Die Zukunft der euro-atlantischen Beziehungen“, zu der hochrangige Politik- und Wirtschaftsexperten, Diplomaten und Wissenschaftler aus den USA und Euro-

pa zusammenkamen. Ziel war es, über die außen- und sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte der euro-atlantischen Beziehungen sowie über zukünftige Kooperationspotentiale in Anbetracht der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu diskutieren.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass Europa neben den USA eine führende außenpolitische Rolle in der Welt übernehmen könnte. Dies würde allerdings voraussetzen, dass die USA auf Teile ihrer außenpolitischen Führungsrolle sowie auf internationale Alleingänge verzichten würden und Europa als gleichberechtigten Partner akzeptieren könnten.

Auch in anderen Regionen der Welt, vor allem in Asien und Lateinamerika, vollziehen sich in den letzten Jahren Ansätze regionaler Integration, die sich am Vorbild des europäischen Integrationsprozesses orientieren. Das ZEI hat vor diesem Hintergrund ein Forschungsprojekt über Regionalismusbildung in der Welt begonnen. Als erster konkreter Schritt trafen sich am 7. Oktober 1999 am führenden lateinamerikanischen Forschungsinstitut für Regionalbildung, dem Instituto de Integración de América Latina y el Caribe (INTAL) in Buenos Aires lateinamerikanische Wissenschaftler und ZEI-Mitarbeiter zu einem wissenschaftlichen Workshop. ZEI-Direktor Professor Ludger Kühnhardt referierte über die derzeitige Verfassungsentwicklung in der EU und konzipierte Elemente des Vergleichs zur Situation des lateinamerikanischen Verbundes Mercosur. ZEI-Junior Fellow Ramiro Vera-Fluixa stellte Komponenten und Kategorien des Prozesses der Regionalbildung in Europa und in Lateinamerika dar. Aufbauend auf den Erfahrungen des Workshops wird in den kommenden Jahren ein interdisziplinäres Forschungsprojekt des ZEI in Verbindung mit INTAL und weiteren lateinamerikanischen

Forschungsinstitutionen initiiert werden. Zu den zentralen Herausforderungen für die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit gehört die Zukunft der Beziehungen zur Türkei. Die Türkei, Gründungsmitglied des Europarates und jahrzehntelang loyaler NATO-Verbündeter, hat infolge der geostrategischen Entwicklungen in den neunziger Jahren an Bedeutung gewonnen. Zugleich befindet die Türkei sich seit mehr als 150 Jahren auf dem selbstgewählten Weg der Europäisierung, der trotz aller anhaltenden Unzulänglichkeiten und Probleme bemerkenswert erfolgreich verlaufen ist. Heute drängt die Türkei in die EU, von den USA dabei eher unterstützt, in der EU eher mit Skepsis bedacht. Seit 1997 untersucht ein Netzwerk von Politikern, Analysten und Wissenschaftlern auf Initiative des ZEI, des American Institute for Contemporary German Studies in Washington D.C. und der Middle East Technical University in Ankara „Parameters of Partnership“ in dem Gefüge „USA, Türkei, Europa“. Am 9. und 10. Dezember 1999 trafen sich rund fünfzig Vertreter der drei Regionen in Ankara, um am Tage des EU-Gipfeltreffens in Helsinki, das die Türkei als EU-Kandidatenland anerkannt hat, eine Bestandsentwicklung der letzten zwölf Monate seit der Zusammenkunft in Bonn vorzunehmen und die geostrategischen und geoökonomischen Perspektiven der nächsten Jahre in dieser Partnerschaft, vor allem im Blick auf den europäischen Raum, auszuleuchten.

Beziehungen zur GUS

Im achten Jahr nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bestand zwischen den Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und den anderen europäischen Staaten und Organisationen ein weitreichendes und differenziertes Beziehungsgeflecht. Die Mitgliedschaft der zwölf neuen unabhängigen Staaten in der OSZE, die noch im Berichtsjahr erweiterte Anzahl von Mitgliedern aus ihren Reihen im Europarat, die bestehenden und weiterentwickelten besonderen Partnerschaften mit der EU und der NATO sowie die Vielzahl von bilateralen Kooperationen sind Ausdruck eines umfassenden und weiter zunehmenden gegenseitigen Interesses. Gleichzeitig stellen die problematischen po-



litischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen in vielen GUS-Staaten beide Seiten vor große Herausforderungen.

Gemeinsame transatlantische Strategien zur Unterstützung und Konsolidierung der europäischen Orientierung der Ukraine standen im Zentrum einer zweitägigen Konferenz an historischem Ort, im Livadia-Palast der Drei-Mächte-Konferenz in Jalta auf der Krim. Auf Einladung des ZEI, des Atlantischen Rats der Ukraine und des American Institute for Contemporary German Studies diskutierten am 28. und 29. Mai 1999 ukrainische, amerikanische und europäische Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und von den Medien die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer vertieften strategischen Kooperation. Sie zeigten sich einig in der Verantwortung der Ukraine für die Fortsetzung und Vertiefung der institutionellen und rechtlichen Reformen und äußerten sich hoffnungsvoll über die Perspektiven der ukrainisch-atlantischen Partnerschaft. Eine Anfang 2000 erscheinende Publikation in der Schriftenreihe des ZEI wird die Ergebnisse des Workshop und weitere wissenschaftlichen Analysen zur Lage der Ukraine in Europa bündeln.

Der Entwicklung regionaler Kooperationsformen als eine entscheidende Stufe zur Schaffung gesamteuropäischer Strukturen

Von rechts: Jackson Janes, American Institute for Contemporary German Studies, John Kornblum, US-Botschafter in Deutschland, Yevgeni Bersheda, stellvertr. Außenminister der Ukraine, Oleg Kokoshinsky, The Atlantic Council of Ukraine, Ludger Kühnhardt, ZEI, im Mai 1999 in Jalta

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“ (Auswahl.)

Hüseyin Bağcı, Jackson Janes, Ludger Kühnhardt (Hrsg.): „Parameters of Partnership. The US-Turkey-Europe“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 14, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999.

Xuewu Gu: „Theorien der internationalen Beziehungen“, in: Schriftenreihe „Lehr- und Handbücher für Politikwissenschaft“, Oldenbourg, München 1999.

Franz-Josef Meiers: „A German Defense Review?“, in: Gordon Wilson (Hrsg.), European Force Structure, Occasional Papers 8, The Institute for Security Studies Western European Union, August 1999, Seite 23 ff.

Lothar Rühl: „Conditions and Options for an Autonomous ‚Common European Policy on Security and Defence‘ in and by the European Union in the Post-Amsterdam Perspective opened at Cologne in June 1999“, ZEI Discussion Paper C54 Bonn 1999.

Peter Wittschorek: „Rußland/Tschetschenien: Krieg gegen ‚Banditen und Terroristen‘, in: ai-Journal, Nr. 12, Dezember 1999, Seite 16 f.

Peter Wittschorek: „Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999“, ZEI Discussion Paper C38, Bonn 1999.

Peter Zervakis: „Türkei“, in: Studienhandbuch Östliches Europa, Bd.1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas, (Hrsg. Harald Roth), Köln 1999, Seite 404 ff.

stellte einen besonderen Akzent bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Entwicklung in den GUS-Staaten dar. Unter anderem wurden zwei Konferenzen von ZEI durch Kooperationsprojekte und die Mitwirkung von ZEI-Wissenschaftlern unterstützt: Im Vorfeld des Gipfeltreffens der Staatspräsidenten der mitteleuropäischen Staaten beschäftigte sich eine Konferenz des Instituts für Politische Studien der Ivan Franco Universität im westukrainischen Lwiw vom 22. bis 24. April 1999 mit der Frage der ukrainischen Verankerung in Mitteleuropa. Dabei wurde die Entwicklung der ukrainisch-polnischen Beziehungen als besonders erfolgreiche regionale Kooperation herausgestrichen. In Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in der Russischen Föderation fand am Zentrum für Integrationsforschung und -programme der Staatlichen Universität St. Petersburg eine Konferenz mit Vertretern aus Russland, der Ukraine, den skandinavischen und den baltischen Staaten sowie Polen, Großbritannien und Deutschland vom 9. bis 12. September 1999 statt, die die Herausforderungen der Einbindung des russischen Nordwestens und die Ziele der „Northern Dimension“-Initiative der Europäischen Union zum Thema hatte.

Das diffizile Verhältnis der Regionen innerhalb der Russischen Föderation zum Zentrum war der Gegenstand zweier weiterer Forschungsprojekte am ZEI. Professor Dr. Genadij Fedorow von der Staatlichen Universität Kaliningrad und Dr. Viktor Kokscharow vom Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen der Region Swerdlowsk hielten sich zu Forschungsaufenthalten als Senior Fellows am ZEI auf und diskutierten mit ihren Kollegen eingehend die Erkenntnisse

über die verschiedenen Rechtsverhältnisse und Arbeitsebenen zwischen Moskau und den einzelnen Regionen.

Beziehungen zu Asien

Im Sommer 1999 wurde am ZEI ein weiteres Forschungsprojekt, das sich mit den europäisch-asiatischen Beziehungen beschäftigt, eingerichtet. Hintergrund ist der steigende Einfluss Europas in Asien, der sich beispielsweise in der Einrichtung des Europa-Asien-Dialoges (ASEM) ausdrückt.

Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Europas mit dem asiatischen Raum sind infolge neuer strategischer Allianzen, hervorgerufen durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, schnell gewachsen. Diese Entwicklung hat auf asiatischer Seite zu hohen Erwartungen gegenüber Europa, und hier insbesondere gegenüber der Europäischen Union, geführt. Vor diesem Hintergrund soll am ZEI untersucht werden, wie Europa in Asien wahrgenommen wird. Ziel ist es, die Konsequenzen dieser Wahrnehmung, auch im Hinblick auf die künftige Asienpolitik Europas, zu analysieren.

or Fellows am ZEI auf und diskutierten mit ihren Kollegen eingehend die Erkenntnisse

Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Die Arbeit dieser Forschungsgruppe nimmt die „internen“ und die „externen“ Aspekte des europäischen Selbstverständnisses auf. Innerhalb Europas handelt der häufig zu Missverständnissen Anlass gebende Begriff der „Identität“ von den dialektischen Zusammenhängen der Ausbalancierung von „Einheit und Vielfalt“. Dabei ist die Bandbreite der Facetten, die einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Bearbeitung zugeführt werden können, ebenso vielförmig wie es die Methoden der wissenschaftlichen Befassung mit europäischen Identitätsfragen sind. Im Blick auf Europas Beitrag zum Dialog der Zivilisationen stellen sich sowohl regionalspezifische bzw. kulturraumgebundene als auch strukturelle bzw. themenspezifische Fragen. Dabei herrscht in der Breite des Spektrums, das mit den Schlagwörtern von „kulturellem Relativismus“ und vom „Universalismus“ gekennzeichnet ist, methodische und konzeptionelle Vielfalt. Im Schnittpunkt dieser Ausgangslage beteiligt sich die Forschungsgruppe „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“ sowohl mit langfristig angelegten und methodisch ziel führenden Forschungsvorhaben als auch durch eher kurzfristige, punktuell einzelne Aspekte der breiten Thematik beleuchtenden Fragestellungen an der Suche nach „Europas Identität und dem Dialog der Zivilisationen“.

Europäische Verfassung

Vor diesem Hintergrund hat das ZEI langfristig angelegte Forschungsarbeiten unter dem Leitmotiv „In welcher Verfassung ist Europa – welche Verfassung für Europa?“ initiiert und mit ihrer Durchführung erfolgreich begonnen. Erste Veröffentlichungen des Projektes finden sich in der Monographie „Zukunftsdenker. Bewährte Entwürfe politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend“ von Professor Ludger Kühnhardt, die als Band 3 in den „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ erschienen ist, sowie

in folgenden Discussion Papers desselben Autors: „Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt“ (C41/1999), „Die Zukunft der neuen geistigen Gestalt“ (C53/1999) und „Europas Identität und die Kraft des Christentums“ (C60/2000). Schließlich ist der Sammelband „Die Wiederentdeckung Europas“ zu nennen, den Ludger Kühnhardt und Michael Rutz, Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, 1999 in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart herausgegeben haben. Zu diesem Band haben namhafte Autoren – darunter Hermann Lübke, Jost Dülffer, Dieter Langewiesche, Annemarie Schimmel, Tanja Kinkel, Herfried Münkler, Ferdinand Seibt, Hans-Peter Schwarz, Heinz Duchardt, Jiri Grusa und Paolo Pombeni beigetragen. Europa – so die Prämisse der Herausgeber – bedarf der Geschichtserzählung und der Mythenbildung, denn wie alle großen ethischen, religiösen und geistigen Traditionen gilt es, die Zukunft des Kontinents anschaulich zu machen, zumal es sich bei der Idee Europa nicht nur um ein politisches, sondern vor allem auch um ein geistiges und kulturelles Konzept handelt. Der Beitrag des antiken Griechenland für das Denken Europas bildet den historischen Ausgangspunkt von 28 Aufsätzen, in denen die geschichtliche Entwicklung Europas bis zum Fall der Mauer und der beginnenden Überwindung der Teilung erzählt und analysiert wird.

Als Beitrag des ZEI zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft während des ersten Halbjahres 1999 fand unmittelbar zu ihrem Auftakt am 21. Januar



Pierre Moscovici, Europa-minister von Frankreich, am 21.1.1999 im ZEI



Günther Verheugen, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt und heutiger EU-Kommissar, am 21.1.1999 im ZEI

1999 eine von großem öffentlichen Interesse begleitete internationale Konferenz zur Leitfrage des Forschungsansatzes „In welcher Verfassung ist Europa - welche Verfassung für Europa?“ statt. Dabei wurde deutlich, dass Europa an einem entscheidenden Wendepunkt steht. Das Europa, das seine wirtschaftliche Einigung so weit vorangetrieben hat, das „Europa nach dem Euro“, das der französische Minister für europäische Angelegenheiten Pierre Moscovici entwarf, braucht Visionen, die die politische Einigung weitertreiben. Dazu gehört, wie der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt und heutige EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD) deutlich machte, die gemeinsame Au-

ßenpolitik der Europäischen Union. Dazu gehört aber auch die Legitimation der EU-Politik durch eine regional gegliederte, dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtete und damit handlungsfähigere Union, so der Vorsitzende des Europa-Ausschusses des saarländischen Landtages Jo Leinen, und die Stärkung des Europäischen Parlaments im Institutionengefüge der EU, worauf der heutige Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament Hans-Gert Pöttering (CDU) hinwies. Eine Publikation in der Schriftenreihe des ZEI, die auf den Beiträgen dieser Konferenz beruht und weitere wissenschaftliche Ge-

sichtspunkte der Thematik berücksichtigt, wird von Dr. Frank Ronge, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, vorbereitet. Sie wird im Jahr 2000 erscheinen.



Treffen deutsch-portugiesischer Literaturwissenschaftler. Kolloquium 9./10.6.1999 am ZEI

Religion, Kultur und Geisteswissenschaften in Europa

Aus Anlass der zwanzigjährigen Partnerschaft zwischen der Katholisch-Theologischen Akademie Warschau und der Universität Bonn widmeten sich zwei deutsch-polnische Symposien am 22. Januar 1999 am ZEI in Bonn und am 17. Mai 1999 an der Katholisch-Theologischen Akademie in Warschau den Herausforderungen, denen sich die Kirche im Prozess der Einigung Europas zu stellen hat. Deutsche und polnische Wissenschaftler untersuchten, wie das Verhältnis der Kirchen zur europäischen Einigung nach dem EU-Vertrag von Amsterdam (1997) mit seiner Kirchenerklärung auszugestalten ist.

Jahrzehntelang von einer willkürlichen Zensur brutal unterdrückt, konnte sich die Literatur Portugals nach der Nelkenrevolution vom April 1974 in neuer Fülle entfalten, sich mit den großen geistesgeschichtlichen Traditionen des Landes kritisch und engagiert auseinandersetzen und Historie und Zeitgeschichte im Hinblick auf jene Kontinuitäten analysieren, die im allgemeinen zu nationaler Mythenbildung und im speziellen zum faschistischen Salazar-Regime geführt hatten. Diesem Aufbruch der portugiesischen Literatur ging das Kolloquium „25 Jahre nachrevolutionäre Literatur in Portugal – Nationale Mythen und kulturelle Identitätsuche“ am 9. und 10. Juli 1999 am ZEI in Bonn im Gespräch von portugiesischen und deutschen Literaturwissenschaftlern nach. Das Symposium fand in Kooperation mit dem Romanischen Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland statt, die zum Zeitpunkt des Symposiums bedeutende Schätze des Museums für Alte Kunst in Lissabon ausstellte.

Euro-Mediterraner Dialog

Die „externe“ Diskussion um Europas Beitrag zum Dialog der Zivilisationen hat durch den Beginn des „Euro-Mediterranen Dialogs“ der EU mit den südlichen Anrainern des Mittelmeeres – auch Barcelona-Prozess genannt – einen besonderen Fokus gewonnen. Erstmals vollzieht sich damit der



Weltachsen 2000: Dialog der Kulturen – der nigerianische Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka am 11.11.1999 im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestags

Dialog der Zivilisationen im Kontext eines strukturierten Kooperationsansatzes. Die Frage des Dialogs zwischen „dem Westen“ und der Welt des Islam, aber auch zwischen Christentum, Islam und Judentum hat damit einen von den Regierungen der 28 beteiligten Staaten (15 EU-Staaten und 13 Anrainerstaaten des Mittelmeeres) getragenen Rahmen gefunden. Ihn gilt es nicht zuletzt durch praxisorientierte Beiträge der Wissenschaft auszufüllen.

Zu diesem Zweck hat die Forschungsgruppe das „Mediterranean Forum“ konzipiert und im Berichtszeitraum am 21. Juni 1999 unter lebhaftem Interesse der am Barcelona-Prozess beteiligten Staaten durchgeführt. Durch diese ZEI-Initiative wird die Entwicklung des Barcelona-Prozesses in Zukunft im Rahmen periodisch stattfindender Treffen zwischen Repräsentanten der Partnerstaaten der EU im Barcelona-Prozess, Entscheidungsträgern der deutschen und europäischen Politik sowie Wissenschaftlern begleitet.

Zur Auftaktveranstaltung lud das ZEI die Botschafter der Partnerstaaten der EU im Barcelona-Prozess sowie Dr. Christoph Heusgen, Auswärtiges Amt, und Dr. Michael

Köhler, EU-Kommission, ein, um zusammen mit Wissenschaftlern der Universität Bonn und Köln wenige Tage nach dem Außenministertreffen des „Barcelona-Prozesses“ in Stuttgart über zentrale Aspekte der derzeitigen Entwicklung des Barcelona-Prozesses zu diskutieren und Erfahrungen im Blick auf die Perspektiven des Dialogs der Zivilisationen auszutauschen.

„Weltachsen 2000“

Der „Dialog der Kulturen“ war auch ein zentrales Thema des internationalen Kongresses „Weltachsen 2000“, der am 11. und 12. November 1999 im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn durchgeführt wurde. Der Einladung des ZEI, der Stadt Bonn und des Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) zu diesem ersten Kongress in dem historischen Gebäude folgten fast 1000 interessierte Personen, um mit führenden Vertretern verschiedener Kulturkreise aus aller Welt am Übergang zum 21. Jahrhundert zentrale Menschheitsfragen und Per-

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe VIII „Europäische Identität – Dialog der Kulturen“ (Auswahl)

Csilla Erdödy-Csorba (Hrsg.): „Europäische Romantik und nationale Identität - Sándor Petöfi im Spiegel der 1848er Epoche“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 4, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999.

Ludger Kühnhardt: „Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 3, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999.

Ludger Kühnhardt: „Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt“, ZEI Discussion Paper C 41, Bonn 1999.

Ludger Kühnhardt: „Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens“, in: Peter R. Weilemann et al. (Hrsg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn 1999, Seite 371 ff.

Ludger Kühnhardt, Michael Rutz (Hrsg.): „Die Wiederentdeckung Europas. Ein Gang durch Geschichte und Gegenwart“, Stuttgart 1999.

Ludger Kühnhardt, Alexander Tschubarjan (Hrsg.): „Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 7, Nomos-Verlag, Baden-Baden 1999.

Frank Ronge: „Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen in Deutschland und Europa“, in: Joachim Wiemeyer, Wilfried Lochbühler und Judith Wolf (Hrsg.): Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche. Begründung - Wege - Grenzen, Münster 1999, Seite 103 ff.

Marek Siemek: „Demokratie und Philosophie“, ZEI Discussion Paper C46, Bonn 1999.

Peter Zervakis: „Gesellschaft“, in: Studienhandbuch Östliches Europa, Bd.1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas, Harald Roth (Hrsg.), Köln 1999, Seite 33 ff.

spektiven für die Zukunft zu erörtern. In Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen wurden sechs zentrale Bereiche thematisiert: die „Universalität der Menschenrechte“, der „Dialog der Kulturen“, die „globalen Märkte und die Zukunft des Staates“, die „Bedingungen guter Regierungsführung“, das „weltweite Entwicklungsproblem und nachhaltige Entwicklung“ sowie die „Entwicklung der menschlichen Ethik“.

Der Nigerianer und Literaturpreisträger Wole Soyinka, einer der herausragenden Intellektuellen Afrikas, brachte dabei zum Ausdruck, dass er den Dialog der Kulturen auch in Zeiten wachsender religiöser und politisch motivierter Feindschaften für gegeben hielte. Um diesen Dialog aber führen zu können, müsse man unterscheiden, ob eine kulturelle Lesart der Macht oder der Freiheit und Würde des Menschen diene. Als Grundlage eines Dialogs der Kulturen müsse anerkannt werden, dass „die Menschheit unterschiedlich sei, aber unteilbar bleibe.“

Auf die Rolle der Ethik auch in einer sich verändernden Welt wies der Begründer der Gewerkschaft So-

lidarnosc und ehemalige polnische Präsident Lech Walesa hin. Er forderte, nach dem Zusammenbruch der beiden totalitären Ideologien dieses Jahrhunderts, des Nationalsozialismus und des Kommunismus, müsse das kommende Jahrhundert ein „Zeitalter der



Weltachsen 2000: Der erste Kongress im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestags in Bonn. Am Rednerpult: Lech Walesa



Weltachsen 2000: Lech Walesa, ehemaliger Präsident von Polen, Klaus Borchard, Rektor der Universität Bonn, und Oscar Arias, ehemaliger Präsident von Costa Rica

Solidarität“ sein. Um dies zu ermöglichen, müssten die Vereinten Nationen reformiert und gestärkt werden.

Weitere Redner waren Olivier Blanchard vom Massachusetts Institute of Technology, der ehemalige Präsident von Costa Rica und Friedensnobelpreisträger, Oscar Arias Sánchez, das Club-of-Rome-Mitglied Karan Singh sowie die Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Mary Robinson.

Die Beiträge, Reden wie Diskussionen der „Weltachsen 2000“ werden in einer Dokumentation, die im Jahr 2000 erscheinen wird, veröffentlicht.

Weiterbildung

Master of European Studies

Am 31. Mai wurden die Absolventen des ersten Jahrgangs des „Master of European Studies“- Programm am ZEI mit der Aushändigung der Master-Urkunden verabschiedet. In ihren Grußworten während der Feierstunde betonten Professor Jürgen von Hagen, Prorektor Professor Hans-Jürgen Biersack sowie die Bürgermeisterin der Stadt Bonn, Frau Barbara Reindl, die Bedeutung des Studienjahrgangs für die Entwicklung des internationalen Profils der Universität und der Stadt Bonn als internationalem Wissenschaftsstandort. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Jahrgangs waren sich einig, dass sie in dem Jahr viel dazu gelernt hätten und dass das Programm sie für eine Karriere in europarelevanten Bereichen „fit gemacht“ habe.

Ende 1999 hatten nicht nur alle Absolventen ihr Praktikum abgeleistet, sondern größtenteils auch den beruflichen Einstieg geschafft. Die Gründung eines ZEI-Alumni-Clubs soll helfen, den Kontakt zwischen den Absolventen dieses und künftiger Jahrgänge und mit dem ZEI aufrechtzuerhalten.

Im Oktober 1999 hat die zweite Gruppe von ausgewählten Graduierten aus dem In- und Ausland ihr Studium im Rahmen des Programms am ZEI aufgenommen. Die Kandidaten kommen nicht nur aus den EU-Mitgliedsländern und der Bundesrepublik, sondern auch aus dem asiatischen Raum, den Vereinigten Staaten und den mittel- und osteuropäischen Ländern. Mit Blick auf die Gestaltung des Curriculums hatte sich das Konzept des ersten Jahrgangs bewährt. Das interdisziplinäre Programm besteht aus zwei viermonatigen Unterrichtseinheiten, an die sich ein zwei- bis dreimonatiges Praktikum anschließen kann. Die Grundkurse dienen

primär der Erlangung und Vertiefung von Grundkenntnissen im Europarecht, zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union. Darüber hinaus vermitteln kürzere Vertiefungskurse weitergehende Erkenntnisse in den drei das Studienangebot strukturierenden Themenblöcken (die Europäische Union als Rechts-, Wirtschafts- und Politische Gemeinschaft) unter gleichzeitiger Wahrung des interdisziplinären Charakters des Aufbaustudienganges.

Neben grundlegenden Seminaren zur Europäischen Union wurde das Programm im zweiten Jahr auch durch Beiträge von Praktikern der Europäischen Kommission und anderer europäischer wie internationaler Einrichtungen sowie Vertretern aus Ministerien geprägt. Auf diese Weise soll neben einem hohen akademischen Standard auch der praktische Bezug zu europäischen Fragen gewährleistet werden. Im Rahmen eines „Master Seminar on European Integration“ wurden Praktiker und Experten dieser Institutionen zu einem regelmäßig stattfindenden Gespräch mit den Teilnehmern des Master-Programms eingeladen, um über Erfahrungen aus ihren jeweiligen Arbeitsgebieten berichten zu können.



Feierliche Verabschiedung der ersten Absolventen des Master-Programms durch den Programmkoordinator Dr. Stefan Fröhlich am 31.5.1999 im ZEI

Transatlantic Summer Academy

Die Transatlantic Summer Academy (TASA) ist ein jährlich stattfindendes internationales Programm des Anglistischen Seminars/ Nordamerika-Programms der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Leitung: Professor Lothar Hönnighausen). Vom 7. Juni bis zum 1. Juli 1999 wurde die 6. TASA erstmals in Kooperation mit dem ZEI durchgeführt. Ziel der Akademie ist es, das Bewusstsein zukünftiger Entscheidungsträger in Nordamerika und Europa dafür zu schärfen, dass über das Ende des Ost-West-

Konflikts hinaus die transatlantischen Beziehungen nach wie vor von zentraler Bedeutung sind. Das Programm 1999 konzentrierte sich auf die vergleichende Analyse von Aspekten, die auf der zentralen Themenstellung „Europe Today: The Evolution of NATO and the Future of Europe“ basierten. Die Wichtigkeit der transatlantischen Beziehungen und die Herausforderungen für die Europäische Union und die NATO in einem vereinten Europa waren integrale Bestandteile der diskutierten Problembereiche.

Junior Fellows Programm

Das Junior Fellows Programm bietet politikwissenschaftlichen Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Ludger Kühnhardt europaspezifische Dissertationen anzufertigen. Im Jahr 1999 konnten im Rahmen dieses Programms drei Promotionen erfolg-

reich abgeschlossen werden: Andreas Beierwaltes promovierte zum Thema „Medien und Demokratie“; Marcus Höreth zum Thema „Die EU im Legitimitätsdilemma“ und Gerd Föhrenbach zum Thema „Die Westbindung der baltischen Staaten“. An dem Programm nahmen 1999 fünfzehn Doktoranden teil.



Bonn Graduate School of Economics

Im Herbst 1998 wurde an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn das erste deutsche Doktorandenprogramm in Volkswirtschaftslehre nach angelsächsischem Muster gegründet. Das Programm bietet den Doktoranden in den ersten zwei Jahren eine intensive methodische Ausbildung in Mikroökonomik, Makroökonomik und Ökonometrie. Es führt die Studenten an den aktuellen, internationalen Stand der Forschung heran und befähigt sie damit, in ihrer Dissertation einen Beitrag zur Forschung auf internationalem Niveau zu leisten. Das Programm wird gemeinsam mit den Partneruniversitäten London School of Economics, Université Catholique Louvain-la-Neuve, Sorbonne (Paris), Pompeu Fabra

(Barcelona) und Tel Aviv durchgeführt, an denen die Studenten einen Teil ihrer Kurse absolvieren können. Das ZEI beteiligt sich an diesem Programm einerseits durch das Angebot von Lehrveranstaltungen, andererseits durch die Vergabe von Dissertationsprojekten bzw. der Erwartung, dass Doktoranden am ZEI das Kursprogramm der Graduate School absolvieren. Im Sommersemester 1999 unterrichtete ZEI Senior Fellow Professor Kenneth Kletzer, University of California Santa Cruz, im Rahmen der Graduate School. ZEI leistet damit einen wesentlichen Beitrag zu einem innovativen Programm der Nachwuchsförderung in Deutschland.

ZEI Summer School in International Macroeconomics

Seit 1997 veranstaltet ZEI für fortgeschrittene Nachwuchswissenschaftler regelmäßig Sommerschulen zu Themen der internationalen Makroökonomik. Teilnahmevoraussetzung ist die Vorstellung einer eigenen Forschungsarbeit. Die Dozenten des Jahres 1999 waren neben ZEI Direktor Professor Jürgen von Hagen, Dr. Dale Henderson (Federal Reserve Board of Governors, Washington, und Yale University), Professor Roberto Perotti (Columbia University, New York) und Professor Paul De Grauwe (Katholische Universität Leuven). An der Sommerschule nahmen 24 Nachwuchswissenschaftler aus Deutschland, Europa und Amerika teil. Der besondere Reiz der zweiwöchigen Sommerschule liegt in der Gelegenheit für die Teilnehmer, ihre Forschung international führenden Wissenschaftlern vorzustellen. Die Sommerschule ist ein Beitrag zur Verbesserung der wissenschaftlichen Ausbildung auf einem Gebiet, in dem die deutsche Forschung traditionell im internationalen Vergleich zurückliegt. Der jeweils beste Beitrag eines Nachwuchswissenschaftlers zur Sommer-

schule wird prämiert mit der Einladung zum „Konstanzer Seminar zur Geldtheorie und Geldpolitik“, einer international renommierten, jährlichen Konferenz zu Themen der internationalen Makroökonomik.



Zentrale Koordination

Die Geschäftsführung

Das ZEI arbeitet im Rahmen des Internationalen Wissenschaftsforums Bonn (IWB) mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) zusammen. Eine gemeinsame Geschäftsführung unterstützt beide Zentren in zentralen Administrations-, Haushalts-, Koordinations- und Kommunikationsangelegenheiten. Die Geschäftsführung sichert nach innen als zentrenübergreifende Klammer eine effiziente Nutzung der gemeinsamen Infrastruktur und der verfügbaren Ressourcen. Nach außen sucht und pflegt sie vor allem im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit Kontakte zu einschlägigen Institutionen in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und Verwaltung. Insbesondere in Finanzfragen ist sie Bindeglied zu den Landes- und Bundesministerien. Darüber hinaus vertritt der Geschäftsführer des IWB, Dr. Hartmut Ihne, das ZEI und die Universität Bonn im Europaeum.

Europaeum

Das Europaeum ist ein Netzwerk der Universitäten Bologna, Bonn, Genf, Leiden, Paris/Sorbonne, Oxford und Prag. Das ZEI ist im Europaeum durch Professor Christian König, Direktor der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ im Academic Committee und durch Dr. Hartmut Ihne, Geschäftsführer des IWB, im Management Committee und im Europaeum Council vertreten. Der Rektor der Universität ist ex officio Mitglied des Europaeum Councils. Ziel des Europaeums ist die Förderung von herausragender Forschung und Lehre über philosophische, politische, soziale, ökonomische, historische, kulturell-religöse und rechtliche Aspekte Europas und der europäischen Integration. Diese Zielsetzung soll insbesondere durch den Austausch herausragender Wissenschaftler und Studenten,

durch gemeinsame Seminare, Konferenzen und Sommerschulen erreicht werden. Das Europaeum arbeitet eng mit Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft zusammen.

Im Herbst 1999 hat das ZEI im Rahmen des Europaeums mit der Entwicklung eines Prototyps des Europaeum Research and Communication Networks (ERCN) begonnen. Das ERCN ist ein computergestütztes Kommunikationsinstrument, das ausgewählten Doktoranden der Europaeums-Universitäten zur Verfügung gestellt werden wird. Das ERCN soll Doktoranden der Europaeums-Universitäten, die sich in ihren Doktorarbeiten mit europäischen Themen beschäftigen, die Gelegenheiten zum disziplinären und interdisziplinären Austausch während und nach der Promotionsphase geben. Im Jahr 2000 soll die Pilotphase beginnen.

Entwickelt wird eine umfassende, durch einen Index erschlossene und fortlaufend erschließbare Datenbank, in der die Doktorarbeiten teilweise oder ganz ausschließlich für Programmteilnehmer einsehbar sind. Darüber hinaus wird ein virtuelles Forum mit speziellen Newsgroups zum direkten wissenschaftlichen Austausch eingerichtet. Ehemalige Teilnehmer des ERCN sollen später über ein elektronisches Alumniprogramm verbunden werden. Um sicheres Arbeiten zu gewährleisten, müssen Doktoranden über ein Auswahlverfahren zur Teilhabe am ERCN zugelassen werden. Die spezielle Zulassung soll den Missbrauch von Daten ausschließen. Die Modalitäten des Auswahl- und Zulassungsverfahrens werden noch entwickelt.

Information und Kommunikation

Für die Außendarstellung des Zentrums erstellt und pflegt die Geschäftsführung des IWB in Zusammenarbeit mit dem ZEI verschiedene Informationsmedien:

- Die ZEI-Kurzinformationen, die – außer in englischer und deutscher Sprache – im Jahr 1999 auch in französischer und spanischer Sprache aufgelegt wurden, geben einen ersten Überblick über die Ziele, Aufgaben und Aktivitäten des Zentrums.
- Einen umfassenden Überblick über alle wichtigen Ereignisse am ZEI bietet der ZEI Jahresbericht 1996-98, der im Berichtsjahr erstmals in deutscher und englischer Sprache herausgegeben wurde.
- Seit Mitte 1998 verfügt das ZEI über eine eigene Homepage (www.zei.de), die 1999 überarbeitet und wesentlich erweitert wurde. Mit mehr als 70.000 Dateianfragen aus über 50 Ländern der Welt, die Ende 1999 registriert wurden, hat sich die Homepage als wichtiges Informations- und Kommunikationsmedium etabliert und trägt dazu bei, das ZEI international bekannt zu machen. Die Homepage gibt in englischer und deutscher Sprache Auskunft über alle Aktivitäten des Zentrums und wird laufend aktualisiert.
- Der *ZEIreport* erscheint dreimal jährlich und berichtet über wissenschaftliche Entwicklungen in den Forschungsgruppen. Der *ZEIreport* wird in gedruckter Form in englischer und deutscher Sprache veröffentlicht und wird in deutscher

Sprache auch als Nur-Text-Version per E-Mail versandt. Zusätzlich können die einzelnen Ausgaben im pdf-Format direkt aus dem Internet heruntergeladen werden.

- Der Presseservice des ZEI umfasst neben der Herausgabe von Pressemitteilungen auch die Betreuung von Journalisten und Journalistengruppen im Haus. Auch 1999 konnten zahlreiche Pressevertreter am ZEI begrüßt werden, die sich in Gruppen- und Einzelgesprächen intensiv über aktuelle Fragestellungen des europäischen Integrationsprozesses informierten. In Interviews und mit schriftlichen Aufsätzen sowie Kommentaren äußerten sich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ZEI in regionalen, überregionalen und internationalen Tages- und Wochenzeitungen, in Hörfunk und Fernsehen sowie in der Fachpresse zu wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Fragen der europäischen Integration. Der Pressespiegel 1999, der Ende des Jahres veröffentlicht wurde, gibt einen Überblick über die Presseveröffentlichungen im Berichtsjahr.
- Zur internen Information und Kommunikation erscheint monatlich unter dem Namen „im zentrum“ ein internes Informationsblatt, das die Mitarbeiter und Gäste über neue Entwicklungen am ZEI und über Aktivitäten des Partnerinstituts ZEF unterrichtet.



Infrastruktur

Die räumlichen Arbeitsbedingungen des ZEI sind attraktiv. Den Wissenschaftlern stehen in der Walter-Flex-Straße in einem universitätseigenen Bürokomplex in technisch sehr gut ausgestatteten Büroräumen moderne Computerarbeitsplätze zur Verfügung. Alle Arbeitsplätze haben über ein leistungsfähiges hauseigenes Computernetz per 100 MB-Leitung zum Rechenzentrum der Universität direkten Zugang zum Internet. Die hochfunktionale Konferenz- und Seminartechnik macht Veranstaltungen mit bis zu zweihundert Teilnehmern möglich. Eine eigene Kantine sorgt für das leibliche Wohl. Die Unterbringung des ZEI mitten im Museumsmeilenviertel der Bundesstadt Bonn ermöglicht es Gästen und Mitarbeitern, die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, das Kunstmuseum der Bundesstadt Bonn sowie das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in wenigen Minuten zu Fuß zu erreichen.

Die noch im Aufbau befindliche, forschungsorientierte Institutsbibliothek gehört ebenfalls zum Angebot an attraktiven wissenschaftlichen Arbeitsbedingungen. Bis zum Ende des Jahres 1999 standen den Be-

nutzern mehr als 7000 wissenschaftliche Monographien zur Verfügung. Darüber hinaus verfügt die Bibliothek über mehrere Datenbanken der Europäischen Kommission, der OSZE und des Internationalen Währungsfonds. In der Zeitschriftenabteilung stehen über 400 Publikationen aus allen europäischen Ländern zur Verfügung. Dank der weitgehenden Verfügbarkeit von wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften in elektronischen Medien können die Benutzer der Bibliothek ebenfalls auf eine Vielzahl einschlägiger Zeitschriften in diesem Bereich zugreifen.

Die Attraktivität der Bibliothek und damit des ZEI als wissenschaftlichem Standort konnte durch die Verlagerung des Europäischen Dokumentationszentrums (EDZ) an das ZEI Ende 1998 wesentlich erhöht werden. Das EDZ umfasst alle Dokumente, die die Europäische Kommission seit dem Jahre 1986 herausgeben hat. In den ersten Monaten Jahres 1999 hat das ZEI die im EDZ vorhandenen Dokumente systematisiert, elektronisch erfasst und damit erstmals in Bonn auf einfache Weise recherchierbar gemacht. Zahlreiche Besucher haben im Berichtszeitraum die Möglichkeit genutzt, das EDZ zu besuchen und die Dokumente einzusehen.

Weiterhin hat die Bibliothek den Status einer OSZE Depository Library, einer Europarat Depository Library und einer Depository Library des Europäischen Parlaments. Die Dokumente des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank sind ebenfalls vorhanden. Dadurch bietet ZEI eine einzigartige Verfügbarkeit von Dokumenten und Materialien des gesamten Spektrums der europäischen Institutionen. Die Bibliothek verfügt über 50 Arbeitsplätze im Lesesaal sowie über PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang in einem abgetrennten Medienraum.



ZEI im Überblick

Organisation und Ansprechpartner

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Professor Dr. Jürgen von Hagen

**Direktor der Abteilung
„Wirtschaftliche und soziale
Fragen“**

Sekretariat:
Lisa Takacs-Werner
Hadya Eisfeld
Tel. (02 28) 73-9218
Fax (02 28) 73-1809
**E-Mail: takacs@united.
econ.uni-bonn.de**

Professor Dr. Christian Koenig

**Direktor der Abteilung
„Politische, rechtliche und
institutionelle Fragen“**

Sekretariat: NN
Tel. (02 28) 73-1891 / -1892
Fax (02 28) 73-1893
**E-Mail: sekretariat.zeia@
uni-bonn.de**

Professor Dr. Ludger Kühnhardt

**Direktor der Abteilung
„Europäische Wertesysteme,
Kulturen und Sprachen“**

Sekretariat:
Chantal Pirang
Karin Ehrhardt (bis 30.11.1999)
Tel. (02 28) 73-1810
Fax (02 28) 73-1818
E-Mail: L.Kuehnhardt@uni-bonn.de

Koordinationsstelle “Master of European Studies“

PD Dr. Stefan Fröhlich
Koordinator

Sekretariat: Elena Giovio-Süling
Tel. (02 28) 73-1899
Fax (02 28) 73-1791
E-Mail: st.froehlich@uni-bonn.de

Geschäftsführung (IWB)

Dr. Hartmut Ihne
Geschäftsführer

Sekretariat: Sabine Paffenholz
Tel. (02 28) 73-7249
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: s.paffenholz@uni-bonn.de

Monika Reule
**Information und Öffentlich-
keitsarbeit**

Sekretariat: Margot Schnieber
Tel. (02 28) 73-1811
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: m.schnieber@uni-bonn.de

Volker Merx
Bibliothek
Tel. (02 28) 73-1723
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: v.merx@uni-bonn.de

Ralf Meyer
Verwaltung
Tel. (02 28) 73-1847
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: r.meyer@uni-bonn.de

Mitarbeiter und Fellows

Forschungsgruppe I
„Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Valérie Guérin-Sendelbach,	seit Januar 1999
Jörn Hildner	seit Oktober 1999
Dr. Jürgen Kühling	seit Mai 1999
Nico Ritter	seit Dezember 1999
Claude Sander	seit Oktober 1999
Peter Wittschorek	seit Oktober 1997
Dr. Peter Zervakis	seit Oktober 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Burkhard Auffermann <i>Research Fellow, Tampere Peace Research Institute, University of Tampere, Finnland.</i>	01.02. – 28.02.1999
Priv.-Doz. Dr. Jürgen Elvert <i>Privatdozent am Historischen Seminar der Christian Albrechts-Universität, Kiel.</i>	01.01.1999 – 31.12.2003
Prof. Dr. Uwe Holtz <i>HonorarProf. für Politische Wissenschaft, Universität Bonn.</i>	01.04. – 30.08.1999
Dr. Marcus Höreth <i>Center for European Policy Studies (CEPS), Brüssel</i>	01.07. – 31.12.1999
Dr. Charlie Jeffery <i>Deputy Director des Institute for German Studies, Reader an der University of Birmingham, Großbritannien.</i>	01.05. – 30.06.1999
Dr. Karl Magnus Johansson <i>Lecturer in Political Science, Programme Director European Programme, University College of Southern Stockholm (Södertörns högskola)</i>	01.11. – 30.11.1999
Romain Kirt <i>Conseiller d'Etat, Luxemburg</i>	01.05.1999 – 30.04.2004
Krisztina Vida <i>Wiss. Mitarbeiterin, Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences, Budapest, Ungarn.</i>	01.09. – 30.09.1999
Prof. Dr. Wolfgang Wessels <i>Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen, Universität Köln.</i>	01.01.1999 – 1.6.2001
Prof. Roy Gardner, <i>Indiana University</i>	seit 1997
Prof. Kenneth Kletzer <i>University of California at Santa Cruz</i>	seit 1998
Prof. Dr. Helmut Seitz, <i>Europa-Universität Viadrina Frankfurt-Oder</i>	seit 1999

Junior Fellows

Name	Thema
Oleg B. Alexandrow <i>Mitarbeiter der Moskauer Gesellschaftlich-Wissenschaftlichen Stiftung</i>	Die Rolle des vereinten Deutschlands in der europäischen Sicherheitsarchitektur
Nathalie Jouan <i>Universität Paris</i>	Deutschlands Europapolitik nach der Vereinigung
Louise Kouteynikoff <i>Centre d'Etudes Germaniques, Université Robert Schuman, Strasbourg III</i>	Les Partis allemands face à la réforme institutionnelle de l'Union Européenne (1997 – 1999)
Christopher Moon <i>Historiker, University of Iowa</i>	The Creation of the European University Institute
Susanne Baier-Allen <i>Saarbrücken</i>	Zum Problem ethnischer Minderheiten in Europa
Martin Weber <i>Freiburg</i>	Schweden und die Europäische Union
Klaus von Lepel <i>Trendelburg</i>	Finnlands Optionen für Europa
Christoph Dorau <i>Freiburg</i>	Eine Verfassung für Europa
Ramiro X. Vera-Fluixa <i>München</i>	Föderalismus in der Europäischen Union

Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Matthias Brückner	seit Juli 1999
Sascha Loetz	seit April 1999
Eva-Maria Müller	seit September 1999
Andreas Neumann	seit Oktober 1999
Ernst Röder	seit April 1999
Dr. Ellen Troska	seit 1997

Senior Fellows

Name	am ZEI
Klaus Büniger, <i>Staatssekretär a.D.</i>	seit April 1999
Dr. Andreas Bartosch <i>Haver & Mailänder, Brüssel</i>	seit April 1999
Dr. Wilhelm Eschweiler <i>Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn</i>	seit Juni 1999
Dr. jur. habil. Dr. sc. econ. Klaus W. Grewlich <i>Auswärtiges Amt, Berlin</i>	seit Juni 1999
Prof. Thomas Lyon <i>PhD, Indiana University</i>	seit 1998
Prof. John W. Maxwell, <i>PhD, Indiana University</i>	seit 1998
Dr. Antje Pieper, <i>Chefjustitiarin des WDR a.D., Köln</i>	seit Oktober 1999
Prof. Dr. Reinhard Selten <i>Universität Bonn</i>	seit 1997
Dr. Thomas Tschentscher <i>Bruckhaus, Westrick, Heller, Löber, Frankfurt</i>	seit April 1999
Dr. Jens-Uwe Wächter, <i>Deutsche Bank Research</i>	Juli 1998 – April 1999
Dr. Christian Weller <i>Economic Policy Institute, Washington</i>	August 1998 – April 1999
Dr. Benedikt Wemmer <i>Moers & Collegen, Berlin</i>	seit April 1999

Junior Fellows

Name	Thema
Beth Almeida	Europäische Luftfahrtindustrie

Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Robert MacCulloch, PhD	seit Juli 1998
Dr. Bernd Hayo	seit 1998
Dipl. Vw. Birgit Uhlenbrock	seit 1997
Dipl. Vw. Ingo Fender	seit 1996
Dipl. Vw. Boris Hofmann	seit Oktober 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Maxim Nikitin <i>University of Pittsburgh</i>	seit Juli 1999
Prof. Christopher Waller <i>University of Kentucky</i>	seit 1998
Prof. Mark Hallerberg <i>University of Pittsburgh</i>	seit 1998
Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann <i>Universität Bonn</i>	seit 1997

Junior Fellows

Name	Thema
Taikuang Ho (seit 1998)	Banken- und Währungskrisen

Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Robert MacCulloch	seit Juli 1998

Senior Fellows

Name	am ZEI
Alexandra Albin	September – Dezember 1999

Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Rafael Biermann	seit 01.07.1999
Dipl. Vw. Holger Gleich	seit Mai 1997
Georg Klöcker	seit 01.03.1999
Dr. Marcus Wenig <i>jetzt: Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Potsdam</i>	bis 30. 11. 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Stanislav Daskalov <i>Außenminister a.D. und Geschäftsführer des „European Institute“ in Sofia, Bulgarien</i>	01.06.1999 – 31.05.2002
Dr. Gabor Erdödy <i>Dozent an der Eötvös Loránd Universität/ László Teleki Stiftung, Budapest, Ungarn.</i>	01.01.1999 – 2003
Dr. Jan Fidrmuc <i>Ass. Prof. Dr. Ákos Kengyel Ökonom, M.A. in European Studies, Budapest University of Economic Sciences, Ungarn.</i>	seit Juli 1999 01.05. – 31.05.1999
Prof. Ali Kutan, <i>PhD, University of Southern Illinois</i>	seit Juli 1999
Klaudijus Maniokas <i>Head of Economic Integration Division in the Ministry of European Affairs of the Republic of Lithuania, Vilnius, Litauen.</i>	01.10. – 30.11.1999
Dr. habil. Emil Mintchev <i>Ökonom und Politologe, Sofia, Bulgarien</i>	01.04.1999 – 31.12.2000
Prof. Dr. Zvonko Posavec <i>Fakultät für Politische Wissenschaften, Universität Zagreb</i>	01.05. – 30.06.1999
Prof. val Samonis <i>PhD, University of Toronto</i>	seit Januar 1999
Prof. Dr. Kurt Schelter <i>Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg</i>	01.05.1999 – 31.05.2002
Eva Slivkova, <i>Deputy Director, Department of the Chief Negotiator of Slovakia for the Accession in the EU, Außenministerium der Slowakischen Republik</i>	01.01.1999 – 28.02.1999 01.06.1999 – 31.05.2002
Dr. Kenneth Smith	seit Juli 1998
Prof. Dr. Mladen Stanicic <i>Director, Institute for International Relations (IMO), Zagreb</i>	01.06.1999 – 31.05.2002
Iveta Sulca <i>Director, EU and Foreign Economic Policy Department, Außenministerium der Republik Lettland</i>	01.06.1999 – 31.05.2002
Dr. Sinisha Tomic <i>Office for European Integration Government of the Republic of Croatia, Zagreb</i>	01. 06. 1999 – 31. 05. 2002
Dr. Iulia Traistaru	seit April 1999
Dr. Egidijus Vareikis <i>Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary, Außenministerium der Republik Litauen</i>	01.06.1999 – 31.05.2002

Junior Fellows

Name	Thema
Jizhong Zhou	Wechselkursregime für Transformationsländer
Anna Oreziak <i>Forschungszentrum für Polnisch-Deutsche Wirtschaftsbeziehungen, Handelshochschule in Warschau</i>	
Stefan Mecklenburg <i>Freiburg</i>	Polen und die EU
Gerd Föhrenbach <i>Freiburg</i>	Die Westbindung der baltischen Staaten
Silke Kettig <i>Bonn</i>	Der Einfluß inter- und supranationaler Organisationen auf die demokratischen und sozioökonomischen Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa
Murat Erdogan <i>Freiburg</i>	Die Europäische Union und die Türkei

Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Priv.-Doz. Dr. Xuewu Gu	seit August 1999
Dr. Stefan Fröhlich	seit Januar 1998
Dr. Franz-Josef Meiers	seit August 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Prof. Dr. Gennady Fedorow <i>Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeographie der Universität Kaliningrad, Russische Föderation</i>	01.08. – 31.08.1999
Dr. Viktor Koksharov <i>Leiter der Verwaltung für internationale Entwicklung, Ministry for International and Foreign Economic Relations of Sverdlovsk Region, Yekaterinburg, Russland.</i>	01.10. – 31.10.1999
Dr. Igor Leshoukov <i>Lecturer, Department of European Studies, School of International Relations, St. Petersburg State University, Russland</i>	01.05. – 31.05.1999
Dr. Stefan Lutz <i>Purdue University</i>	seit 1997
Dr. Ashot Manutscharjan <i>Politologe, freier Mitarbeiter der Osteuropaabteilung der Deutschen Welle, Bonn.</i>	01.01.1999 – bis 31.12.2002
Prof. Dr. Anatoly Mikhailov <i>Rektor, European Humanities University, Minsk, Weissrussland.</i>	01.05. – 31.07.1999
Prof. Dr. Mohamed M. H. Moustafa <i>Politologe, Cairo University, Political Science Faculty of Economics & Political Science, Ägypten.</i>	06.07. – 05.09.1999
Prof. Dr. Philip Nel <i>University of Stellenbosch, Department of Political Science</i>	01.11. – 31.12.1999
Prof. Dr. Lothar Rühl <i>Staatssekretär a.D., Forschungsinstitut für Politische und Europäische Fragen, Universität zu Köln</i>	seit 01.07.1998
Prof. Jianxiong Zhang <i>Institute of European Studies, Brüssel, Chinese Academy of Social Sciences</i>	01.09. – 30.09.1999

Junior Fellows

Name	Thema
Georg Klöcker <i>Köln</i>	Die Geopolitik des Baltikums
Boris Schirayew <i>Almaty</i>	Nikolaj Danilewskis Auffassung des Antagonismus von Russland und Europa und ihr Wiederaufleben in der Gegenwart
Jan-Philipp Weisswange <i>Bad Homburg</i>	Neue Orientierungen in der atlantischen Sicherheitsstruktur
Peter Wittschorek <i>Bonn</i>	Parlamentarismus in den Transformationsstaaten der GUS

Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Andreas Beierwaltes,	bis September 1999
Dr. Stefan F. Comes	seit 01.01.1999
Dr. Frank Ronge	seit Oktober 1997

Senior Fellows

Name	am ZEI
Romain Kirt, M.A. <i>Conseiller de Gouvernement in der luxemburgischen Regierungsverwaltung, Luxemburg.</i>	1998 bis 2002
Dr. Hairullo Saifullaev <i>Lehrstuhlleiter für die deutsche Sprache, Tadschikische Pädagogische Dschuraev Universität, Duschanbe, Tadschikistan</i>	01.03. – 31.03.1999
Prof. Dr. Warren T. Reich <i>Theologe, Bioethiker, Center for Clinical Bioethics, Georgetown University, Washington D.C., USA.</i>	01.04. – 30.04.1999
Ass. Prof. Dr. Thomas Schwartz <i>Vanderbilt University, Washington D.C., USA.</i>	07.06. – 18.06.1999
Gudmundur Heidar Frimannsson <i>Dean, Faculty of Education, University of Akureyri, Island.</i>	20.06. – 19.08.1999
Ass. Prof. Dr. M. Nail Alkan <i>Ankara University, European Community Research Center, Türkei</i>	01.07. – 31.07.1999
Dr. Astrid Ertelt-Vieth <i>Humboldt-Universität zu Berlin</i>	01.07. – 31.07.1999
Prof. Dr. Walter Schweidler <i>Universität Dortmund</i>	01.07.1999 – 30.06.2002
Prof. Dr. Lothar Hönnighausen <i>Leiter des Nordamerikaprogramms der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn</i>	01.08.1999 – 01.07.2002
Dr. István Németh <i>Historiker, Eötvös Loránd-Universität, Budapest, Ungarn.</i>	01.10. – 31.12.1999
Prof. em. Hua Xue <i>Institut für Philosophie, Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften, Peking</i>	20.10.1999 – 20.01.2000

Junior Fellows

Name	Thema
Deborah Kisatsky <i>University of Connecticut</i>	The United States and the Nationalist Right in Europe
Jean-Philippe Lol	Das Weimarer Dreieck
Kaplan Wolfgang Picken <i>Bonn</i>	Demokratische Grundwerte und Gottesbegriff in der Bundesrepublik Deutschland

Ausgewählte Veranstaltungen

Konferenzen und Workshops

21.01.1999

„In welcher Verfassung ist Europa?
Welche Verfassung für Europa?“

22.01.1999

„Europäische Integration und die
Rolle der Kirchen“

In Zusammenarbeit mit der Katholischen
Akademie Warschau und der Katholisch-
Theologischen Fakultät der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn

22. – 26.02.1999

„Trade, Labor Markets, and
Integration“

Research Workshop in Zusammenarbeit mit
der Tartu Universität, Estland

04.03.1999

„The Future of Euro-Atlantic
Relations“

06. – 07.04.1999

„Parliaments' Forum on EU
Accession“

09. – 10.04.1999

„Studiengruppe Weimarer Dreieck“

In Zusammenarbeit mit der Universität
Paris 3/Sorbonne Nouvelle und dem Institut
für Internationale Beziehungen, Warschau,
in Paris

07.05.1999

„German and American Policies
Toward the Baltic States-The
Perspectives of EU and NATO-
Enlargement“

In Zusammenarbeit mit Programme on the
Northern Dimension of CFSP, Helsinki, und
dem Institut für Europäische Politik (IEP),
Bonn

11. – 12.05.1999

„Facing the Future: The Balkans in
2010“

In Zusammenarbeit mit dem Center for
Liberal Strategies in Sofia

21. – 22.05.1999

„Comparative Analysis of Fiscal
Federalism in Europe“

In Zusammenarbeit mit Prof. Jorn Rattso,
Trondheim

28. – 29.05.1999

„Ukraine, Europe and the US in the
Formation of a New Euro-Atlantic
Security Agency“

In Zusammenarbeit mit dem Atlantic
Council of Ukraine, dem American Institute
for Contemporary German Studies und dem
German Marshall Fund of the United States
in Jalta

02.06.1999

„EMU Monitor“ – Pressekonferenz im
Presseclub, Frankfurt

21.06.1999

„Mediterranean-Forum“

08.07.1999

„Implementing the European
Employment Pact“

09. – 10.07.1999

„25 Jahre nachrevolutionäre Literatur
in Portugal“

In Zusammenarbeit mit dem Romanischen
Seminar der Rheinischen Friedrich-Wil-
helms-Universität, Bonn

07.10.1999

„Die Zukunft des Regionalismus: EU
und Mercosur im Vergleich“

In Zusammenarbeit mit dem Instituto de la
Integración de América Latina y el Caribe
(INTAL) in Buenos Aires

07. – 08.10.1999

„How to Organize the European
Administrative System into a
Network?“

Prometheus-Europe

In Zusammenarbeit mit der Europäischen
Kommission in Sankt Augustin

21.10.1999

„Studiengruppe Weimarer Dreieck“

In Zusammenarbeit mit der Universität
Paris 3/Sorbonne Nouvelle und dem Institut
für Internationale Beziehungen, Warschau,
in Warschau

11. – 12.11.1999

„Weltachsen 2000“

In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für
Entwicklungsforschung, Bonn, und der Bun-
desstadt Bonn im Plenarsaal des ehemali-
gen Deutschen Bundestages in Bonn

24.11.1999

„EMU Monitor“ – Pressekonferenz im
Presseclub, Frankfurt

26.11.1999

„Zur Lage der Gerichtsbarkeit in der
EU“

03. – 04.12.1999

„Ernst Robert Curtius“

In Zusammenarbeit mit dem Institut Fran-
çais, Bonn, und dem Romanischen Seminar
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Univer-
sität, Bonn

09. – 10.12.1999

„Parameters of Partnership – The
U.S. – Turkey – Europe“

In Zusammenarbeit mit der Middle East
Technical University, Ankara, und dem Ame-
rican Institute for Contemporary German
Studies, Washington, D.C., in Ankara

10. – 11.12.1999

„Regional Development and Policy in
Europe“

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministe-
rium für Forschung und Bildung

Forschungsseminar zur Europäischen Wirtschaftspolitik

28.01.1999

Helge Berger, Universität München

„News Management in monetary policy: Why central banks lie to the government“

04.02.1999

Ansgar Belke, Universität Bochum

„Exchange rate uncertainty and the German labor market“

11.02.1999

George de Menil, DELTA, Paris

„European capital market integration: How far has it gone and what are the implications for aggregate productivity?“

25.03.1999

Thomas König, Universität Mannheim

„The efficiency of legislative decision making in the European Union. An event-history-analysis of EU decision making speed“

08.04.1999

Bernd Kempa, Universität Essen

„A Dornbusch-Mussa model with monetary feedback and its VAR application to the G5 experience after Bretton Woods“

28.04.1999

Pierre Siklos, Wilfrid Laurier University, Waterloo, Ontario

„Inflation target design, changing inflation performance and persistence in industrial countries“

13.05.1999

Bruno Frey, Universität Zürich

„Happiness and direct democracy“

20.05.1999

Francesco Giavazzi, Bocconi Universität, Mailand

„The credit channel and (a)symmetries in the monetary policy transmission mechanism in Europe: Evidence from banks' balance sheets“

01.06.1999

Michael Melvin, Arizona State University

„Information, announcements, and listing effects of ADR programs and German-U.S. stock market integration“

02.06.1999

Bennet T. McCallum, Carnegie Mellon Universität, Pittsburgh

„Theoretical issues pertaining to monetary unions.“

08.06.1999

John Rogers, Board of Governors of the Federal Reserve System, Washington

„The welfare costs of deviations from the law of one price: An empirical investigation“

08.07.1999

Lori Kletzer, University of California, Santa Cruz

„Trade and job losses in US manufacturing“

21.07.1999

Chad Bown, Brandeis University

„Trade disputes in the GATT/WTO systems“

21.10.1999

Seppo Honkapohja, Universität Helsinki

„Complementarity, growth, and trade“

18.11.1999

Vito Gaspar, Europäische Zentralbank

„The monetary policy strategy of the ECB“

25.11.1999

Antonio Fatas, INSEAD, Fontainebleau

„Government size and automatic stabilizers“

15.12.1999

Patrick Minford, University of Liverpool

„Optimal monetary policy with endogenous contracts“

ZEI - Streitgespräche Summer Schools zur „Verfassung Europas“

08.09.1999

mit Univ.-Prof. Dr. Paul Kirchhof, Richter am Bundesverfassungsgericht und Univ.-Prof. Dr. Armin von Bogdandy, Universität Frankfurt

29.09.1999

mit Univ.-Prof. Dr. Josef Isensee, Universität Bonn

Prof. Dr. Ulrich Everling, ehem. Richter am Europäischen Gerichtshof, Universität Bonn,

Prof. Dr. Martin Seidel, Zentrum für Europäische Integrationsforschung

07.06. – 01.07.1999

6. Transatlantic Summer Academy (TASA)

In Zusammenarbeit mit dem Anglistischen Seminar/Nordamerikaprogramm der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn

09. – 20.8.1999

3rd ZEI Summer School in International Macroeconomics

Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum

11. – 12. 01.1999

„Financial Regulation and Policy Coordination in Europe“

05. – 06.07.1999

„Working Time Reductions – Experiences in Germany“

Europaforum

25.01.1999

„Der Vertrag von Amsterdam und die Herausforderungen für die Europäische Union“

José-María Gil-Gobles
Präsident des Europäischen Parlaments

15.03.1999

„Cyprus on the Way to the EU Accession“

Dr. Ioannis Kasoulides
Außenminister der Republik Zypern

29.04.1999

„Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik“

Wolfgang Clement
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

11.05.1999

„50 Jahre Europarat: der Weg zu einem Europa ohne Trennungslinien“

Dr. Daniel Tarschys
Generalsekretär des Europarates

08.06.1999

„The Commitment of the Republic of Macedonia towards Membership in the European Union and NATO“

Kiro Gligorov
Staatspräsident von Mazedonien

14.09.1999

In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn
„Die diplomatische Konzeption der Großen Seidenstraße“

Askar Akajew
Staatspräsident der Kirgisischen Republik

18.10.1999

„Rumänien vor dem EU-Gipfel in Helsinki“

Prof. Dr. Alexandru Herlea
Minister für Europäische Integration von Rumänien

26.10.1999

„Die Rolle Luxemburgs in Europa und die Weiterentwicklung der Europäischen Union“

Jean-Claude Juncker
Premierminister des Großherzogtums Luxemburg

Junior Fellows Seminare

10.01.1999

Georg Klöcker, MA
„Die Geopolitik des Baltikums“
Jan-Philipp Weisswange
„Neue Orientierungen in der atlantischen Sicherheitsstruktur“

18.01.1999

Gerd Föhrenbach
„Die Westbindung der baltischen Staaten“
Klaus von Lepel
„Finnlands Optionen für Europa“

24.01.1999

Silke Kettig
„Der Einfluß inter- und supranationaler Organisationen auf die demokratischen und sozioökonomischen Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa“
Martin Weber
„Schweden und die Europäische Union“

12.04.1999

Susanne Baier-Allen
„Lösungsansätze für den Zypern-Konflikt“
Peter Wittschorek
„Parlamentarismus in den Transformationsstaaten der GUS“

10.05.1999

Martin Weber
„Schweden und die Europäische Union“
Murat Erdogan
„Die Europäische Union und die Türkei“

31.05.1999

Kaplan Wolfgang Picken
„Demokratische Grundwerte und Gottesbegriff in der Bundesrepublik Deutschland“
Stefan Mecklenburg
„Polen und die EU“

14.06.1999

Gerd Föhrenbach
„Die Westbindung der baltischen Staaten“
Georg Klöcker, MA
„Die Geopolitik des Baltikums“
Jan-Philipp Weisswange
„Neue Orientierungen in der atlantischen Sicherheitsstruktur“

28.06.1999

Christoph Dorau
„Eine Verfassung für die Europäische Union“
Ramiro X. Vera-Fluixà
„Föderalismus in der Europäischen Union“

15.11.1999

Boris Schirayew
„Nikolaj Danilewskijs Auffassung des Antagonismus von Russland und Europa und ihr Wiederaufleben in der Gegenwart“
Peter Wittschorek
„Parlamentarismus in den Transformationsstaaten der GUS“

29.11.1999

Kaplan Wolfgang Picken
„Demokratische Grundwerte und Gottesbegriff in der Bundesrepublik Deutschland“
Susanne Baier-Allen
„Lösungsansätze für den Zypern-Konflikt“

05. – 06.11.1999

6. Europa-Kolloquium „Europa-Asien: Dialog der Werte“

Europadialog

12.01.1999

„Die Slowakei auf dem Weg in die Europäische Union“

Eva Slivková
Außenministerium der Slowakischen Republik, Senior Fellow ZEI

19.01.1999

„Die belgische ‚Nationalitätenfrage‘ – ein Spaltplatz für Europa?“

Dr. Dirk Rochtus
Dozent für Deutschlandkunde und Diplomatengeschichte an der Handelshochschule Antwerpen

26.01.1999

„Demokratie und Kultur: Wohin treibt die ehemalige Sowjetunion?“

Prof. Dr. Anatoly Mikhailov
Member of the Academy of Education of Belarus and Humanities Research (Moscow), Senior Fellow ZEI

02.02.1999

„The Slovak Republic on its Way into the European Union“

Dr. Eduard Kukan
Außenminister der Slowakischen Republik

09.02.1999

„Die Selbstbehauptung Europas – Notwendige Weichenstellungen“

Dr. Friedbert Pflüger, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union

16.02.1999

„Europa in der Krise. Leidet der alte Kontinent am ‚Buddenbrock-Syndrom‘?“

Romain Kirt
Regierungsberater, Luxemburg, und Senior Fellow am ZEI

23.02.1999

„The Law and Politics of Media and Telecommunications Regulation in the European Union“

Joshua Holmes
Lecturer in Law, New College, Oxford University

02.03.1999

„Finnland in der Europäischen Union. Vom Rande Europas zur EU-Präsidentschaft“

Dr. Burkhard Auffermann
Tampere Peace Research Institute, University of Tampere

09.03.1999

„Die Rolle der OSZE bei der Regelung von Konflikten“

Dr. Rudolf Schmidt
Botschafter, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE

16.03.1999

„Bulgaria on its Way into the EU and into NATO“

Nadezhda Mihailova
Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Bulgarien

23.03.1999

In Zusammenarbeit mit der DGAP

„American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1999“

Dr. John E. Rielly
President of the Chicago Council on Foreign Relations, Chicago

30.03.1999

„Innergesellschaftliche Konflikte und Transformation – Das Beispiel Tadschikistan“

Dr. Arne Clemens Seifert
Botschafter a.D., Berlin

06.04.1999

„Sorge in Faust: The Poetic Drama that Launches an Ethic for Today“

Prof. Warren Thomas Reich
Department of Family Medicine, Georgetown University School of Medicine, Washington

13.04.1999

„Citizenship and the European Union“

Prof. Dr. Elizabeth Meehan
The Policy Institute, Trinity College, Dublin

20.04.1999

„Regionalpolitische Implikationen des Kosovo-Krieges“

Dr. Marie-Janine Calic
Wissenschaftliche Referentin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen

27.04.1999

In Zusammenarbeit mit der DGAP

„Perspektiven europäisch-amerikanischer Kooperation nach dem NATO-Gipfel“

Marten van Heuven
Senior Associate, Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington, D.C.

04.05.1999

„Die künftige Ausgestaltung des euro-mediterranen Dialogs“

Dr. Michael A. Köhler
Mitarbeiter der Generaldirektion IB-A (Süd-Mediterran, Naher und Mittlerer Osten) bei der EU-Kommission in Brüssel

11.05.1999

„The Extension of the EU's Regional Development Policy to the New Members“

Dr. Ákos Kengyel
Assistant Prof. at the Budapest University of Economic Sciences, World Economy Department Group of Europe, Senior Fellow am ZEI

18.05.1999

„Frankreichs Europapolitik und öffentliche Debatte im Vorfeld der Europawahl“

Sylvie Goulard
Französisches Außenministerium, Planungstab, Frankreich

25.05.1999

In Zusammenarbeit mit der DGAP

„The Elections to the European Parliament and the Implications for the European Policy“

Dr. Peter Ludlow
Director of the Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel

01.06.1999

„The German Länder and the ‚Normalisation‘ of the EU Enlargement Debate“

Dr. Charles Adrian Jeffery
Reader, University of Birmingham and Deputy Director, Institute of German Studies in Birmingham, Senior Fellow am ZEI

08.06.1999

„The Johnson Administration and Europe: Transition or Neglect?“

Prof. Dr. Thomas Schwartz
Associate Prof. of History, Vanderbilt University, Nashville, Senior Fellow am ZEI

15.06.1999

„Activities of the Croatian Government in the Process of European Integration“

Dr. Ljerka Mintas Hodak
Deputy Prime Minister and Minister for European Integration, The Republic of Croatia

22.06.1999**„Zum Abschluß der deutschen EU-Präsidentschaft: Bilanz und Perspektiven“**

Bernhard Zepter

Stellvertretender Generalsekretär der Europäischen Kommission in Brüssel

29.06.1999

In Zusammenarbeit mit der DGAP

„Transatlantic Trade Relations: What Europe can Learn from American-Japanese Trade Conflicts“

Prof. Dr. Robert M. Orr, Jr.

Vice President and Director of Government Relations, Nippon Motorola and Prof. of Political Science, Tempel University, Japan

06.07.1999**„Die Modernisierung der Türkei und die Herausforderungen für die europäische Politik“**

Dr. Mustafa Nail Alkan

Universität Ankara, Senior Fellow ZEI

13.07.1999**„Civic Education in Europe: Some General Principles“**

Prof. Dr. Gudmundur Heidar Frímannsson

University of Akureyri, Island, Senior Fellow ZEI

07.09.1999**„Kulturkontakt und Kulturentwicklung – Modellvorschläge für eine angewandte Kulturwissenschaft“**

Dr. Astrid Ertelt-Vieth

Humboldt-Universität zu Berlin, Senior Fellow ZEI

14.09.1999**„Der Balkan nach der Kosovo-Krise – eine bulgarische Perspektive“**

Dr. Emil Mintchev

Institut für Internationale Studien, Sofia, Senior Fellow ZEI

21.09.1999**„Analysing the Institutional Balance in the EU from the Beginning until Amsterdam and Beyond“**

Krisztina Vida

Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences, Senior Fellow ZEI

28.09.1999**„The relations between China and the European Union after the Kosovo Crisis“**

Prof. Jianxiong Zhang

Chinese Society for European Studies, Senior Fellow ZEI

05.10.1999**„Der Europa-Gedanke und Ungarn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“**

Prof. Dr. István Németh

Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte der Neuzeit, Universität Eötvös Lorand, Budapest, Senior Fellow ZEI

12.10.1999**„Developments within the Russian Federal System: Power Struggle Between Center and Regions“**

Dr. Viktor Koksharov

Ministerium für Internationale und Außenwirtschaftsbeziehungen der Region Sverdlovsk, Russland, Senior Fellow ZEI

19.10.1999**„Menschenrechte – Europas Weltanspruch oder Europas bittere Erfahrungen“**

Freimut Duve

Minderheitenbeauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE)

26.10.1999

In Zusammenarbeit mit der DGAP

„Der europäische Beitrag zur weltweiten Raumfahrt: Das Beispiel der Internationalen Raumstation“

Dipl.-Ing. Günther Brandt

DASA-Raumfahrt-Infrastruktur Bremen

02.11.1999**„The Process of EU Enlargement – A Critical Appraisal“**

Klaudijus Maniakas

Integration Strategy Department of the European Committee under the Government of the Republic of Lithuania, Senior Fellow am ZEI

09.11.1999**„Reforming the EU: The European Political Parties and the Intergovernmental Conferences“**

Dr. Karl Magnus Johansson

University College of Southern Stockholm, Senior Fellow am ZEI

16.11.1999**„Multilateralism in South Africa's Foreign Policy“**

Prof. Dr. Philip Nel

University of Stellenbosch, South Africa, Senior Fellow am ZEI

23.11.1999

In Zusammenarbeit mit der DGAP

„Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Russland und die Lage im Kaukasus“

Alexander Rahr

Körper-Arbeitsstelle Russland/GUS – Forschungsinstitut der DGAP

30.11.1999**„Kultur und Demokratie in Europa“**

Dr. Rüdiger Stephan

Generalsekretär, European Cultural Foundation, Amsterdam

07.12.1999**„Der Kosovo-Konflikt – Die Rolle der Europäer“**

Otl.i.G. Dr. Ansgar Rieks

Bundesministerium der Verteidigung, Planungsstab

14.12.1999**„Chinas Aufstieg zur Großmacht – eine Herausforderung für Europa?“**

Privatdozent Dr. Xuewu Gu

Wissenschaftlicher Mitarbeiter ZEI

Publikationen

Publikationsreihen

ZEI Policy Paper/Working Paper

B99-01

Robert B. H. Hauswald: The Excess Volatility of Foreign Exchange Rates: Statistical Puzzle or Theoretical artefact?

B99-02

Rafael Di Tella und Robert MacCulloch: The Consequences of Labor Market Flexibility

B99-03

Rafael di Tella, Robert MacCulloch und Andrew J. Oswald: The Macroeconomics of Happiness

B99-04

Christian Weller: The Finance-Investment Link in a Transition Economy: Evidence for Poland from Panel Data.

B99-05

Rolf Strauch und Jürgen von Hagen: Tumbling Giant: Germany's Experience with the Maastricht Fiscal Criteria

B99-06

Christopher M. Cornwell und Jens-Uwe Wächter: Productivity Convergence and Economic Growth: A Frontier Production Function Approach

B99-07

Christopher M. Cornwell und Jens-Uwe Wächter: Comovement and Catch-up in Productivity Across Sectors: Evidence from the OECD

B99-08

Christian Weller: The Connection Between More Multinational Banks and Less Real Credit in Transition Economies

B99-09

Volker Wieland: Monetary Policy, Parameter Uncertainty, and Optimal Learning

B99-10

Christian Weller: Financial Liberalization, Multinational Banks, and Credit Supply: the Case of Poland

B99-11

Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum: Financial Supervision and Policy Coordination in the EMU

B99-12

Mehmet Cramer und Lutz Kilian: Size Distortion of Tests of the Null Hypothesis of Stationarity: Evidence and Implications for Applied Work

B99-13

Christian Weller und Jürgen von Hagen: Financial Fragility, or What Went Right and What Could Go Wrong in Central European Banking?

B99-14

Bernd Hayo und Birgit Uhlenbrock: Industry Effects of Monetary Policy in Germany

B99-15

Christian Weller: Financial Crises After Financial Liberalization: Exceptional Circumstances or Structural Weakness?

B99-16

Christian Weller und Mark J. Scher: Multinational Banks and Development Finance

B99-17

Jan Fidrmuc, Julius Horvath und Jarko Fidrmuc: Stability of Monetary Unions: Lessons from the Break-up of Czechoslovakia

B99-18

Christian Weller und Bernard Morzuch: Why are Eastern Europe's Banks not Failing When Everybody Else's are?

B99-19

Ali M. Kutan und Josef C. Brada: The Evolution of Monetary Policy in Transition Economies

B99-20

Helmut Seitz: Subnational Government Bailouts in Germany

B99-21

Josef C. Brada und Ali M. Kutan: The End of Moderate Inflation in Three Transition Economies?

B99-22

Rafael Di Tella und Robert MacCulloch: Partisan Social Happiness

B99-23

Rafael Di Tella und Robert MacCulloch: Informal Family Insurance and the Design of the Welfare State

B99-24

Robert MacCulloch: What Makes a Revolution?

B99-25

Bernd Hayo: Micro and Macro Determinants of Public Support for Market Reforms in Eastern Europe

B99-26

Stefan Lutz und Alessandro Turrini: Skills, Labour Costs, and Vertically Differentiated Industries: A General Equilibrium Analysis



ZEI Discussion Paper

- C 29 (1999)
Murat T. Laumulin: Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999)
Valdas Adamkus: Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999)
Ivo Samson: Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU. Die Slowakei vor der Marginalisierung in Zentraleuropa?
- C 32 (1999)
Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala: Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999)
Dietrich von Kyaw: Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999)
Hagen Schulze: Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999)
Günter Verheugen: Germany and the EU Council Presidency. Expectations and Reality
- C 36 (1999)
Friedbert Pflüger: Europas globale Verantwortung - Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999)
José María Gil-Robles: Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999)
Peter Wittschorek: Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999. Erfahrungen einer ungewöhnlichen OSZE-Mission
- C 39 (1999)
Anatolij Ponomarenko: Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999)
Eduard Kukan: The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999)
Ludger Kühnhardt: Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999)
Simon Green: Ausländer: Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999)
Ljerka Mintas Hodak: Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of European Integration
- C 44 (1999)
Wolfgang Schäuble: Unsere Verantwortung für Europa

Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung

- Band 3: Ludger Kühnhardt: Zukunftsdenker - Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 374 Seiten.
- Band 4: Csilla Erdödy-Csorba (Hrsg.): Europäische Romantik und nationale Identität - Sándor Petöfi im Spiegel der 1848er Epoche. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 174 Seiten.
- Band 5: Susanne Baier-Allen (Hrsg.): Looking into the Future of Cyprus-EU Relations. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 262 Seiten.
- Band 6: Stoyan Stalev: Verfassungssysteme im Umbruch, Eine rechtsvergleichende Untersuchung zu Bulgarien, Rumänien und Slowenien. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 139 Seiten.
- Band 7: Ludger Kühnhardt, Alexander Tschubarjan (Hrsg.): Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 243 Seiten.
- Band 8: Peter Wittschorek (Hrsg.): AGENDA 2000 - Herausforderungen an die Europäische Union und an Deutschland. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 403 Seiten.
- Band 10: Marcus Höreth: Die Europäische Union im Legitimationstrilemma, Zur Rechtfertigung des Regierens jenseits der Staatlichkeit. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 387 Seiten.
- Band 11: Ludger Kühnhardt, Dario Valcárcel (Hrsg.): Spanien und Deutschland als EU-Partner. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 188 Seiten.
- Band 14: Hüseyin Bağcı, Jackson Janes, Ludger Kühnhardt (Hrsg.): Parameters of Partnership: The U. S.-Turkey-Europe. Baden-Baden, NOMOS Verlag, 1999, 248 Seiten.



- C 45 (1999)
Eric Richard Staal: European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999)
Marek J. Siemek: Demokratie und Philosophie. Die Antike und das politische Ethos des europäischen Denkens
- C 47 (1999)
Ioannis Kasoulides: Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999)
Wolfgang Clement: Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999)
Volker Steinkamp: Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999)
Daniel Tarschys: 50 Jahre Europarat. Der Weg nach einem Europa ohne Trennungslinien
- C 51 (1999)
Marcin Zaborowski: Poland: Germany and EU-Enlargement. The Rising Prominence of Domestic Politics
- C 52 (1999)
Romain Kirt: Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999)
Ludger Kühnhardt: Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens
- C 54 (1999)
Lothar Rühl: Conditions and options for an autonomous "Common European Security and Defense Policy" in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999)
Marcus Wenig (Hrsg.): Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999)
Rafael Biermann: The Stability Pact for South Eastern Europe - Potential, Problems and Perspectives
- C 57 (1999)
Eva Slivková: Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999)
Marcus Wenig (sd.): A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999)
Ivo Sanader: Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership

ZEI Studies in European Economics and Law (Kluwer Verlag, Dordrecht-Boston)



Vol 1: Jürgen von Hagen und Christopher J. Waller (Hrsg.): Regional Aspects of Monetary Policy in Europe

Vol 2: Rolf R. Strauch und Jürgen von Hagen (Hrsg.): Institutions, Politics, and Fiscal Policy

Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Guérin-Sendelbach, Valerie: Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld. Opladen 1999

Guérin-Sendelbach, Valerie, Froehly, Jean Pierre: Chronik Mai 1998-Juni 1999. Frankreich-Jahrbuch 1999, Hrsg. Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin et. al., Opladen 1999, S. 225 ff.

von Hagen, Jürgen, Strauch, Rolf: Tumbling Giant: Germany's Experience With the Maastricht Criteria. in: David Cobham and George Zis (eds.): From EMS to EMU, London: MacMillan Press 1999

Koenig, Christian, Kühling, Jürgen: Reform des EG-Beihilfenrechts aus der Perspektive des mitgliedstaatlichen Systemwettbewerbs – Zeit für eine Neuausrichtung? EuZW 1999, S. 517-523

Koenig, Christian, Braun, Jens- Daniel, Capito, R.: Experimentelle Erweiterung des europäischen Systemwettbewerbs durch Wahl der Rechtsregeln in einem Binnenmarkt für mitgliedstaatliche Regulierungen? EWS 1999, S. 401-409

Koenig, Christian: „Some brief Remarks on Interjurisdictional Competition between EU Member States“, European Business Law Review, September/October 1999, S. 1

Kühnhardt, Ludger: Eine Verfassung muß den Rahmen bilden. Europas Union im Jahr 2020, in: Rheinischer Merkur, Nr.1, 1. Januar 1999, Seite 3

Kühnhardt, Ludger: Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft und die AGENDA 2000, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 1-2/99, 8. Januar 1999, Seite 3 ff. teilweiser Nachdruck in: Wirtschaftspolitische Blätter(Wien), 46. Jahrgang, Nr.1-2/1999, Seite 110 ff.

Ronge, Frank: The EU on the Threshold of the next Millenium, in: Vietnam Lao-dong Newspaper, 14. Juli 1999

Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Koenig, Christian, Neumann, Andreas: Internet-Protokoll-Adressen als „Nummern“ im Sinne des Telekommunikationsrechts?, Kommunikation & Recht, 1999, Heft 4, S. 145-151

Koenig, Christian, Loetz, Sascha: Rechtsnatur und Inhalt der Zusammenschaltungsanordnung nach § 37 TKG, Kommunikation & Recht, 1999, Heft 7, S. 298-305

Koenig, Christian, Loetz, Sascha: Sperrungsanordnung gegenüber Network- und Access-Providern, Computer und Recht, 1999, Heft 7, S. 438-445

Koenig, Christian, Braun, Jens-Daniel: Eigentumsschutz nach Art. 14 Grundgesetz für durch staatliche Beihilfen Erworbenes, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 1999, Heft 10, S. 1056-1059

Koenig, Christian, Röder, Ernst: Regulation of Telecommunications in the European Union: A Challenge for the Countries Acceding to the European Community, European Business Law Review, July/August 1999, S. 1-7

Christian Koenig, Christian, Zeiss, Christian: EG-Telekommunikationsrecht und Lizenzierung von satellitengestützten persönlichen Kommunikationssystemen, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 1999, Heft 5, S. 133-139

Koenig, Christian, Bartosch, Andreas: Die Pflichten der EU-Beitrittsstaaten zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Bereich der Mobilfunkfrequenzvergabe, Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht, 1999, Heft 12, S. 865-880

Koenig, Christian und Müller, Eva-Maria: „EG-rechtlicher Schutz biotechnologischer Erfindungen am Beispiel von Klonverfahren an menschlichen Stammzellen“, in: EuZW 1999, 681

Troska, Ellen: Monetäre Bewertung von Biotopbeeinträchtigungen bei der Straßenplanung, Dissertationsdruck, Bonn 1999

Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Fröhlich, Stefan: Überforderter „Stabilitätsanker“? Die Europäische Union zwischen Arbeitslosigkeit, WWU und Osterweiterung, in: Jahrbuch Internationale Politik (DGAP), 1995/1996, München: Oldenbourg Verlag, 1999, S. 145-161

von Hagen, Jürgen: La politica della Banca centrale in un sistema finanziario piu efficiente. Associazione Guido Carli (ed.), Idee per il futuro del sistema monetario internazionale. Rome: Aspen Institute Italia, 102-107, 1999

von Hagen, Jürgen und Mark Hallerberg: Electoral Institutions, Cabinet Negotiations, and Budget Deficits in the EU in: Jim Poterba and Jürgen von Hagen (eds.): Fiscal Institutions and Fiscal Performance. University of Chicago Press 1999

von Hagen, Jürgen: Monetary Targeting in Germany, Journal of Monetary Economics 43, 1999, 681-701

von Hagen, Jürgen: La Union Económica y Monetario: cuestiones y desafios de economía política. Moneda y Crédito 208, 1999, Segunda Epoca, 25-58

von Hagen, Jürgen: Reforming Budgetary Institutions in Latin America: The Case for a National Fiscal Council. (With Barry Eichengreen and Ricardo Hausmann), Open Economies Review 10, 1999 415-442

von Hagen, Jürgen: Macroeconomic consequences of the EMU. *Empirica* 26, 359-74

von Hagen, Jürgen: Policy Coordination in the EMU. Oesterreichische Nationalbank (ed.), Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik. 27. Volkswirtschaftliche Tagung 1999. Wien 1999

von Hagen, Jürgen: The Composition of Central Bank Councils for Heterogeneous Monetary Unions, in: Jürgen von Hagen and Christopher J Waller (eds.): *Regional Aspects of Monetary Policy in Europe*. Boston: Kluwer 1999

von Hagen, Jürgen: Makroökonomische Konsequenzen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in: Reinhard Neck and Robert Holzmann (eds.): *Was wird aus Euroland?*, Wien: Manz 1999

Hayo, Bernd: Money-Output Granger Causality Revisited: An Empirical Analysis of EU Countries, *Applied Economics* 31, p. 1489-1501, 1999

Hayo, Bernd: Estimating a European Demand for Money, *Scottish Journal of Political Economy* 46(3), p. 221-244, 1999

Hayo, Bernd: Public Opinion on Transformation in Eastern Europe, in: F. Columbus (Ed.), *Central and Eastern Europe in Transition*, Vol. 3, New York: Nova Science, p. 129-157, 1999

Hayo, Bernd, Uhlenbrock, Birgit: Industry Effects of Monetary Policy in Germany, in: Jürgen von Hagen und Christopher Waller (Hrsg.): *Regional Aspects of Monetary Policy in Europe*. Kluwer Academic Publishers, Boston 1999

Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Ken Smith, Kroncke, Charles: The Wage Effects of Ethnicity in Estonia, published in *The Economics of Transition*, March 1999

Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“

Comes, Stefan: Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und die Angliederung der polnischen Landwirtschaft: Eine Bewertung der Probleme nach dem Berliner Gipfel, in: *Polens Landwirtschaft auf dem Weg in die EU*, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.), Berlin 1999, S. 15 ff.

Comes, Stefan: Der Weg hat sich geöffnet, in: *Basler Zeitung*, Ausgabe vom 27./28. März 1999, Basel 1999, S. 5.

Fidrmuc, Jan: Unemployment and the Dynamics of Political Support for Economic Reforms. *Journal of Policy Reforms* 3 (2), 1999, 139-156.

Fidrmuc, Jan: Stability of Monetary Unions: Lessons from the Break Up of Czechoslovakia. Joint work with Julius Horvath and Jarko Fidrmuc, *Journal of Comparative Economics* 27 (4), December 1999, 753-781.

Fidrmuc, Jan: Political Support for Reforms: Economics of Voting in Transition Countries. Forthcoming: *European Economic Review*.

Fidrmuc, Jan: Economics of Voting in Post-Communist Countries. Forthcoming: *Electoral Studies* (special issue, conference proceedings: Economics and Elections: Comparisons and Conclusions).

Fidrmuc, Jan: Integration, Disintegration and Trade Flows in Europe: Borders Do Matter. Joint work with Jarko Fidrmuc, in: *East-West Trade: Ten Years After*, Chapter IV, pp. 39-56. Vienna, Austria: Institute for Advanced Studies and Bank Austria AG, July 1999.

Fröhlich, Stefan: The Chances and Challenges of Eastern Enlargement, in: *Reviewing Bulgaria's Progress towards EU membership* (European Institute Sofia Hrsg.), Sofia, 1999

Kühnhardt, Ludger, Krastev, Ivan: Europa hört nicht in den Alpen auf. Was ein Stabilitätspakt für den Balkan leisten muß, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr.120, 27.Mai 1999, Seite 15

Zervakis, Peter: Zypern. in: *Studienhandbuch Östliches Europa*, Bd.1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas (Hrsg. Harald Roth), Köln 1999, Seite 435 ff.

Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“

Fröhlich, Stefan: German Foreign Policy after Unification, in: *Foreign Policy* (Ankara), 2, 1999

Fröhlich, Stefan: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, in: *Das Parlament*, 37, 10. September 1999, S. 8

Fröhlich, Stefan: Geopolitik in den USA, in: *Geopolitik – Grenzgänge im Zeitgeist*, Bd. II: 1945 bis zur Gegenwart (Julius Schoeps Hrsg.), Potsdam 1999, S. 559-589

Fröhlich, Stefan: Weltordnung durch Gleichgewichtspolitik. Der neorealistische Ansatz von Kenneth Waltz, in: *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz* (H-J. Küsters, P. Weilemann, G. Buchstab Hrsg.), Paderborn 1999, S. 503-515

Fröhlich, Stefan: Les conceptions allemandes en matière de sécurité et politique extérieure 1949-1963, in: *La République Federale d'Allemagne et la Construction de l'Europe* (Henri Menu-dier Hrsg.), Paris 1999, S. 7-20

Gu, Xuewu: Theorien der internationalen Beziehungen. Schriftenreihe „Lehr- und Handbücher für Politikwissenschaft“, Oldenburg, München 1999, 151 Seiten

Kühnhardt, Ludger: Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts. Grenzen, Aufgaben, Handlungsfähigkeit, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 20, 26. Januar 1999, Seite 5

Kühnhardt, Ludger: Europa und die Idee der Rechtsgemeinschaft, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 23, 29. Januar 1999, Seite 5

Meiers, Franz-Josef: A German Defense Review? in: Gordon Wilson (ed.), European Force Structure, Occasional Papers 8, The Institute for Security Studies Western European Union, August 1999, Seite 23 ff.

Wittschorek, Peter: Rußland/Tschetschenien: Krieg gegen "Banditen und Terroristen", in: ai-Journal, Nr. 12, Dezember 1999, Seite 16 f.

Zervakis, Peter: Türkei. in: Studienhandbuch Östliches Europa, Bd.1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas (Hrsg. Harald Roth) Köln 1999, Seite 404 ff.

Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Kühnhardt, Ludger: La identidad de Europa, in: Política Exterior, Vol. XIII, Verano/Otono 1999, Seite 171 ff.

Kühnhardt, Ludger: Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens. in: Peter R. Weilemann et al.(Hg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn 1999, Seite 371 ff.

Kühnhardt, Ludger: Die Wiederentdeckung Europas. Ein Gang durch Geschichte und Gegenwart (herausgegeben zusammen mit Michael Rutz), Stuttgart 1999, 366 Seiten

Ronge, Frank: Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen in Deutschland und Europa, in: Joachim Wiemeyer, Wilfried Lochbühler, Judith Wolf (Hrsg.): Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche. Begründung - Wege - Grenzen, Münster 1999, Seite 103 ff.

Ronge, Frank: Erfindungen der Technik und die Technik erfundener Sozialtheorien, in: Ludger Kühnhardt, Michael Rutz (Hrsg.): Die Wiederentdeckung Europas. Ein Gang durch Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1999, Seite 256 ff.

Wittschorek, Peter: Das Fanal des Totalitarismus - Brüche und Verwerfungen in Europas Fundament, in: Ludger Kühnhardt, Michael Rutz (Hrsg.): Die Wiederentdeckung Europas. Ein Gang durch Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1999, Seite 278 ff.

Zervakis, Peter: Gesellschaft, in: Studienhandbuch Östliches Europa, Bd.1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas, (Hrsg. Harald Roth), Köln 1999, Seite 33 ff.

Kooperationspartner

- Alexander von Humboldt Stiftung, Bonn
- American Institute for Contemporary German Studies, Washington D.C.
- Anglistisches Seminar/Nordamerikaprogramm der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Atlantic Council of Ukraine, Kiew
- Auswärtiges Amt, Berlin
- Bocconi Universität, Mailand
- Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin
- Bundesministerium für Wirtschaft, Berlin
- Bundesstadt Bonn
- Centre d'Etude Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII), Paris
- Centre for Economic Policy Research (CEPR), London
- Center for Liberal Strategies, Sofia
- Centre for Europe, Warschau
- Centre for European Policy Strategies, Brüssel
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bonn
- Deutsche Telekom AG, Bonn
- Deutsch-Norwegische Gesellschaft, Bonn
- Dutch National Police Selection and Training Institute, Leusden (NL)
- Europäisches Parlament, Straßburg
- Europarat, Straßburg
- Europäische Kommission, GD XXII, Brüssel
- Europäische Kommission, GD Wettbewerb, Brüssel
- Europäisches Hochschulinstitut, Florenz
- European Institute, Sofia
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- The German Marshall Fund of the United States, Washington D.C.
- Germanistisches Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
- Hans Martin Schleyer-Stiftung, Köln
- Heinrich-Böll-Stiftung, Bonn
- Institut Français, Bonn
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris
- Institut für Europäische Politik (IEP), Bonn
- Institut für Internationale Beziehungen (IMO), Zagreb
- Institut für Internationale Beziehungen, Warschau
- Institut für Politische Studien, „Iwan Franco“-Universität, Lwiw
- Institut für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest
- Instituto de la Integración de América Latina y el Caribe (INTAL), Buenos Aires
- Institut „Zukunft der Arbeit“, Bonn
- Katholisch-Theologische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Katholisch-Theologische Akademie, Warschau
- Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn
- Middle East Technical University, Ankara
- Ministerium des Auswärtigen, Bratislava
- Ministerium des Auswärtigen, Riga
- Ministerium des Auswärtigen, Sofia
- Ministerium des Auswärtigen, Vilnius
- New Bulgaria University, Sofia
- Office for European Integration, Government of Croatia, Zagreb
- OSZE, Wien
- Polizeiführungsakademie, Münster-Hiltrup
- Programme on the Northern Dimension of Common Foreign and Security Policy, Helsinki
- Prometheus-Europe, Paris
- Radiomobil S.A., Prag
- Rheinischer Merkur, Bonn
- Romanisches Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Seminar für Politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Seminar für Politische Wissenschaften, Universität Köln
- Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen
- Université de Paris/Sorbonne nouvelle, Paris
- Tschechisches Parlament, Prag
- Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn
- Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Zentrum für Integrationsforschung der Staatlichen Universität, Sankt Petersburg

ZEI-Pressespiegel 1999

(Auswahl)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.07.1999



Standpunkte: Christian Koenig

Europa erschüttert die Gewaltmonopole

Steuer- und Regulierungspakete als Instrumente des Standortwettbewerbs / Werben um Investoren

Mobilität im Binnenmarkt stärkt nicht nur den Wettbewerb der Unternehmen auf Gütermärkten, vielmehr verschärft sie auch den Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Regionen.

Der Standortwettbewerb tritt vor allem als Regulierungswettbewerb auf, wenn die Träger der Freiheit des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs diejenige mitgliedstaatliche Rechts- und Verwaltungsordnung als Transaktionsort oder Sitz auswählen, welche ihnen die größten Vorteile bietet.

den Mitgliedstaaten als differenzierte Beitrittsangebote für verschiedene öffentlich-rechtlich organisierte Clubmitgliedern.

Subventionen (Beihilfen) wirken hier wie Preisnachlässe (Rabatte) auf Standortbestimmungen. Nach Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag (EGV) sind jedoch staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, welche durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen, mit dem Gemeinsamen Markt grundsätzlich unvereinbar. Gleichwohl

wettbewerbs liegt in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und der Kommissionspraxis begründet, die eine Beihilfe nur dann annehmen, wenn mit ihr eine finanzielle Belastung öffentlicher Haushaltsmittel einhergeht.

Die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten und ihrer Gebietskörperschaften, auf klag angelegten Unterstützungskassen den Beihilfenbestand des Artikels 87 EGV zu umschiffen, werden münztätig genutzt. Steuerrechtliche Abschreibungsregeln, „großzügige“ zeitliche Intervalle bei Betriebsprüfungen durch die Fis-

Süddeutsche Zeitung,
19.6.1999

Wie gelehrte „Watcher“ den Euro abwatschen

Unterschiedliche Meinungen der Wissenschaft zur Politik der Europäischen Zentralbank

Der Euro steht nicht hoch im Kurs. Die Politik der Europäischen Zentralbank scheint auch nicht. Zumindest gab es bei einer Diskussion im Frankfurter Center for Financial Studies zum Thema „Die Europäische Zentralbank und ihre Beobachter“ (englisch)

VON HELGA EINECKE

schon O-Ton: „The ECB and its Watchers“

wenigstens diskutiert werden. Es müsse auch darüber geredet werden, daß auch die einzelnen Regionen in Euroland stark unterscheiden.

Jürgen von Hagen vertritt das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) und eine Gruppe von sechs Ökonomen. Er macht sich für eine reine Orientierung an der Geldmenge stark. Dies gelte zwar als altmodisch, aber alternativ sei manchmal hilfreich. Wenn

mittels (ESFRC), das sich für eine bessere Aufsicht der Finanzkonglomerate einsetzt. Er äußert Zweifel daran, daß der Wille in Europa zu einer einheitlichen Aufsicht überhaupt existiert und führt als Beispiel die verschleppte Sanierung der französischen Großbank Credit Lyonnais an. Es fehle auch an Druckmöglichkeiten auf die Unternehmen, die im Zuge der Fusionen unübersichtlicher wurden. Die EZB sollte die Aufsichtsfunktion, die in Basel

Bonner General-Anzeiger,
27.4.1999

Das Parlament, 18.1.1999

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Europas Verfassung als Wertekatalog

Von Alexander Neu

Am 1. Januar 1999 wurde der Euro in elf Mitgliedstaaten der EU eingeführt. Mit diesem Schritt wurde die dritte und letzte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion eingeleitet. Der politische Integrationsprozess hingegen ist im Verzug. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das „Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ in Bonn unter Leitung seines Direktors Professor

merie mit Verfassungscharakter. Diese, so Tinfemans, könne man herauschöpfen und mit weiteren Verfassungselementen bereichern.

In einer solchen Verfassung dürften indes nicht nur die gemeinsamen europäischen Werte, wie Demokratie und Freiheit, verankert sein. Es müßten darüber hinaus auch das Endziel der Europäischen Union sowie die Mittel zu seiner Erreichung definiert werden. Insbesondere das Nichtvorhandensein eines fest-

seiner Meinung nach, bislang vernachlässigten Integrationsfaktors hin: Das „Neue Europa“ müsse sich neben der wirtschaftlichen und politischen Integration auch wieder seines kulturellen Reichtums und der darin enthaltenen moralischen Werte besinnen. Das Fehlen von Werten, so der Bischof, führe zu Egoismus, zur Demütigung des Individuums und letztlich zu Chaos. Vielmehr müßten in Europa wieder der Mensch und die nicht-materiellen Werte in den Mittelpunkt rücken.

Regulierung der Neuen Medien

ZEI Neuer Institutsleiter ist Spezialist für rechtliche Fragen

BONN. Er ist der dritte im Bunde: Professor Christian Koenig, bisher Lehrstuhlinhaber für Europa-, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Marburg, vervollständigt mit Professor Jürgen von Hagen (Wirtschaftliche und soziale Fragen) und Professor Ludger Kühnhardt (Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen) das Ternetz der Institutsleiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

Mit seinen zunächst fünf Mitarbeitern will Koenig, der zugleich der Juristischen Fakultät der Universität angehört, die „großartige Chance nutzen, die Forschungsinhalte kreativ zu bestimmen“. Ein Schwerpunkt seiner Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ wird die Europäische Integration sein mit ihren Institutionen, Verfahren und Prinzipien, dem Prozessrecht vor dem Europäischen Gerichtshof und den Integrationsbedingungen für die geplante Osterweiterung. Koenig ist außerdem Verfasser von Lehrbüchern über die Verträge von Maastricht und Amsterdam sowie über das EG-Prozessrecht.

Luxemburger Wort, 3.8.1999

Europas Kleinstaaten im 21. Jahrhundert

Internationales Forschungsprojekt unter Luxemburger Leitung

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn wird ab kommenden Herbst ein großes Forschungsprojekt zum Thema Europas Kleinstaaten im 21. Jahrhundert durchführen. Konzipiert wurde das Projekt von dem Luxemburger Romain Kirt, der von Februar bis April als Senior Research Fellow am ZEI geforscht und eine Studie über „Kleine Staaten im Zeitalter der Globalisierung“ angefertigt hat, die demnächst in der Discussion-Paper-Reihe des ZEI veröffentlicht wird.

Ein Schwerpunkt des Forschungsprojektes liegt also eindeutig auf der geplanten EU-Osterweiterung und den sich daraus ergebenden spezifischen Problemen – sowohl für die beizutreffenden, aber nicht unbedingt schon beitragsfähigen Staaten (die in ihrer großen Mehrheit kleine oder doch kleinere Staaten sind), als auch für die Europäische Union selbst. Den zweiten Schwerpunkt des Forschungsprojektes bildet die zu Beginn der neunziger Jahre erneut zum „Pulverfass Europas“ mutierte Balkan-Region. Im Mittelpunkt des Projektes stehen

Neben diesen Hauptaktivitäten, die das Kerntück des Forschungsprojektes bilden, sind eine ganze Reihe von kleineren Aktivitäten geplant, die sich nahtlos in das Gesamtkonzept des ZEI einfügen lassen: Aufbau einer Sondersammelstelle für Fachliteratur zum Thema „Kleinstaat“, Anfertigung weiterer Diskussion-Papere zu Fragen und Themen, die für Europas Kleinstaaten besonders relevant sind, Förderung bereits eingeleiteter Dissertationen und Vergabe von neuen Dissertationsthemen an Bonner

Ein Bonner „Master“ für Europa

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung bietet einen neuen Bildungsgang / Von Helmut Bänder

BONN, 7. Juni. Jo-Anne Ong aus Singapur gehört zum ersten Jahrgang, dem das Bonner Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in der vergangenen Woche den Grad eines „Master of European Studies“ verliehen hat. Nach dem Jurastudium in London war sie im Herbst 1998 von der Thematik an den Rhein gezogen. Das Master-Programm hat ihr vorerst ein Praktikum beim Siemens-Konzern in München eingebracht, und Jo-Anne rechnet sich gute Chancen aus, bald einen festen Arbeitsvertrag in der Tasche zu haben.

gelegenen Institut, das zur Bonner Universität gehört, direkten Kontakt mit „Europa“. Voraussetzung für eine Teilnahme ist ein anerkannter Studienabschluss mit überdurchschnittlichen Leistungen. Arbeitspraxis am ZEI ist Englisch, Grundkenntnisse in Französisch oder einer anderen Amtssprache werden ebenfalls verlangt. Das Programm kostet für die zwei Semester zehntausend DM, für eine begrenzte Zahl von Teilnehmern stehen auch Stipendien bereit.

Föhlich sieht das ZEI gut gewappnet

Unternehmen auf die Bewerbungen des Abschlussjahrgangs 1999, aber er hofft, daß sich das mit wachsendem Bekanntheitsgrad des ZEI-Masters schnell verbessern wird. Für mehr Wirtschaftsnähe will er Praktiker aus Unternehmen und Verbänden als Referenten gewinnen, und bei der Auswahl der Teilnehmer an dem im Oktober beginnenden neuen Programm wird ein höherer Anteil an Wirtschaftswissenschaftlern angestrebt.

Auch Ludger Kühnhardt, einer der Direktoren am ZEI, setzt auf eine engere Zu-

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.6.1999

Das europäische Haus ist Integrations-Forscher Kühnhardt: Die dritte Generation muss 100 Jahre lang Baustelle

Europa neu definieren – Keine Fokussierung auf Wirtschaftsfrage

VON UNTERSCHIEDLICHEN
RHEINISCHEN

Die Euphorie der „Gründungsphase“ ist verfliegen, im Bewusstsein vieler Menschen in Europa allmählich geworden. Ein Albtag, der nur selten von glanzvollen Momenten, dafür aber von manchen Mähen geprägt ist. Wie geht es mit der europäischen Einigung, jenen einseitigen, aus der Erfahrung zweier in Europa entfallener Weltkriege geborenen Projekte, im nächsten Jahrzehnt weiter? Dieser

des manchmal quälend langwierigen Fortschritts. Vielfach fehlt der europäischen Politik ein „Gesicht“, es werde nicht deutlich, wer die Verantwortung für bestimmte Aufgaben trägt, meint Kühnhardt. Zudem seien die europäischen Institutionen



Ludger Kühnhardt

den im Rückfeld. „Die gen Dimension zum Maß aller Dingen, habe ich für ungenügend“, meint Kühnhardt. Er sei sich vielmehr durch eine neue Lebensform und, was er geteilt sei, durch den Willen in seinen Handelsbeziehungen. Dieser Blickwinkel löse das Problem Türkei eher, als die hier unterschiedlichen Auffassungen, aber wie sie zum gemeinsamen Haus beizutragen in der Außen-

Die Rheinpfalz, 6.12.1999

El País, 10.12.1999

El sureste de Europa: de la gestión de crisis a la integración

LUDGER KÜHNHARDT

que ha aumentado durante meses, no pueden ser superados mediante disposiciones externas o con el voluntarismo de declaraciones políticas. La falta de claridad afecta al menos a tres ele-

Este debe hacerse realidad enseguida. Europa en su integridad no puede desarrollarse mientras no se consiga pasar de una estrategia de gestión de crisis a una estrategia de integración. Enge-

en relación al sureste de Europa carencia de coherencia. — El sureste de Europa debe ser una zona regional de libre comercio, para superar la este-

Handelsblatt, 4./5.6.1999

Wissenschaftler fordern größere Offenheit in der europäischen Geldpolitik

Euro leidet unter Mangel an Transparenz

HANDELSBLATT, Donnerstag, 3.6.99
mak FRANKFURT/M. Zwar geht die Schwäche des Euros im wesentlichen auf das Konto der Politiker, an der Unsicherheit über die künftige Entwicklung des Außenwertes der europäischen Währung ist die Europäische Zentralbank (EZB) aber auch nicht ganz unschuldig. Statt zum Wechselkurs eine eindeutige Position zu beziehen, verwirrt sie durch mehrdeutige Statements. Sie sollte unmissverständlich klarstellen,

Obwohl der Euro gegenüber dem Dollar seit Jahresbeginn über 10 % an Wert verloren habe, stehe der Eurokurs im wesentlichen noch im Einklang mit den wirtschaftlichen Fundamentaldaten im Euroraum. Eine weit stärkere Abwertung wäre nötig, ehe mit negativen Auswirkungen auf die Inflationsrate gerechnet werden müsse. Selbst wenn ein Wechselkursverhältnis des Euros zum Dollar von 1:1 in den Augen von Politikern und Notenbankern

rücksichtige man die mittelfristigen Wachstumsperspektiven für den Euroraum sowie die Tatsache, daß die Wachstumsrate der Geldmenge über dem von der EZB festgelegten Referenzwert liege, sei es ein Rätsel, warum die EZB ihren Hauptrefinanzierungssatz so stark gesenkt habe. „Es ist nicht auszuschließen, daß der Mangel an Transparenz unter internationalen Umständen keine Abneigung wirkt hat und

all dem folge, daß die EZB die Transparenz der Geldpolitik dringend verbessern müsse. Wenn EZB-Präsident Wim Duisenberg positiv hervorhebe, daß die Eurobank in Stande sei, Märkte und Experten mit ihren Entscheidungen zu überraschen, trage dies zur noch größeren Verwirrung bei.

Wie von Hagen ausführte, hat der

Neue Zürcher Zeitung, 15.11.1999

Plädoyers für eine bessere Welt

Erste internationale Konferenz im Bonner Bundeshaus

Die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn hat sich in diesen Tagen erstmals als Zentrum für den politischen und wissenschaftlichen Dialog zwischen Nord und Süd präsentiert. Am der »Weltachse 2000« genannten Konferenz im früheren Plenarsaal des Bundestages teilten sich ehemalige Spitzenpolitiker mit unkonventionellen Gedanken hervor.

Ko. Bonn, 14. November

Während Berlin den Fall der Mauer vor zehn Jahren feierte und der Bundestag an der Spree wichtige innenpolitische Gesetzesvorhaben verabschiedete, präsentierte sich Bonn erstmals in seiner neuen, ihm von der Politik nach dem Umzugsbeschluss des Parlaments zugewiesenen Rolle als internationaler Wissenschaftsstandort und Zentrum des globalen Dialogs. Im früheren Plenarsaal am Rhein, das sich nun »Kongresszentrum Bundeshaus« nennt, versammelten sich

einen und das Recht auf annehmbare Lebensbedingungen, Nahrung, Gesundheitsvorsorge und Erziehung auf der anderen Seite seien gleichermaßen schutzbedürftig. Robinson nutzte die Gelegenheit zudem zur Aufforderung an die Industrieländer, darunter auch Gastgeber Deutschland, auch in Zeiten des Sparzwangs ihre Rolle in der Entwicklungshilfe wahrzunehmen. Es sei schlicht nicht glaubwürdig, über Menschenrechte und die Konfliktprävention zu reden, gleichzeitig aber die Entwicklungsgelder zu kürzen.